

Abonnements-Bedingungen:
Monatlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
jährlich 30 M., frei ins Haus.

Vorwärts

Die Inserions-Gebühr
Befragt für die hochgelobte Annoncen-
stelle oder deren Raum 30 Pf., für
politische und gesellschaftliche Berichte
und Besprechungs-Artikeln 50 Pf.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 69.
Fernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 1983.

Montag, den 15. Juni 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 69.
Fernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 1984.

Das Kesseltreiben der Herren
Triarier.

Es wird diesen Sommer in Deutschland nicht still werden.
Die Parlamente zwar sind oder werden in Bälde geschlossen,
aber das politische Leben scheint sich dafür in die Gerichtszimmer
zurückziehen zu wollen.

Und das Ziel dieses ganzen Kesseltreibens, das sich hier
unter scheinbar gesetzlichen Formen abspielt? Die Jurisdiktion,
die Vernichtung, die Ausrottung der Sozialdemokratie,
der stärksten und gefährlichsten Partei, der Organisation
derer, die bis jetzt so schön rechtlos waren und nun auf
einmal auch mitreden, mit herrschen wollen, die — unerhörte
Anmaßung! — den Nachwillen des Volkes, der Masse im
Kampf gegen die Herrschenden durchzuziehen sich bestrebt.

Es kann keine Frage sein, ob diese Anklage- und Klage-
weiber werden Beurteilung über Beurteilung erzielen und
die Gefängnisse werden am Anfang des nächsten Winters die
Ehre haben, die Opfer einer umfangreichen Schreckenskam-
pagne zu beherbergen.

schläge wollen wir nicht der Vergessenheit anheimfallen lassen,
sondern immer wieder denen zuschreiben, die vom heutigen
feudalkapitalistischen Staat noch etwas Vorwärtsbewegung
erwarten.

Und ebenso wie die Feinde hier einer unserer Demonstrationen
gegen den Klassenstaat erst den rechten, wirksamen
Nachdruck gegeben haben, so werden sie es auch durch ihre
armisellen Anklagen tun. Manches Wort, das ein Ver-
trauensmann des Volkes spricht, mancher Artikel, der die
Ansicht der Partei zum Ausdruck bringt, ginge vielleicht allzu
unbeachtet dahin, würden nicht die Reaktion und ihre Schreiber
nach dem Staatsanwalt rufen! Das wird jedem freien,
mutigen Wort erst den rechten Nachdruck geben, das wird
immer und immer wieder darauf hinweisen, wie schamlich
in Preußen-Deutschland der freie Geist gefesselt wird
und jede Beurteilung, die einen mannbaiten Sprecher treffen
soll, wird die Reihen der Freiheitskämpfer verstärken. Es
ist ja unsere beste Hilfe, daß unsere Rückschrittlern in so hohem
Maße die Eigenhaft aller Rückschrittlern aufweisen: daß sie
nichts vergessen und nichts lernen. Sonst müßten sie ja aus
der Geschichte der letzten 40 Jahre allein gelernt haben, daß
jede Verfolgung die Heere der einzigen Volkspartei aufs
gewaltigste verstärkt hat. Gegen eine geistige Bewegung ver-
sucht nur ein Dummkopf mit dem Büttel vorzugehen. Wer
aber keine geistigen Waffen hat, muß eben zur Anute greifen.
Er wird aber nur zu schnell sehen müssen, wie jeder Striemen
zur flammenden Anklageschrift anschwillt, aus der Tausende
Kraft zur Empörung und zum Widerstand gewinnen. Nur
geklagt, ihr Herren! Nur verurteilt! Nur eingeverrt! Der
Staatsanwalt tut alles, was er kann! Aber dann
wundern sich keiner der eigennützigsten Schreiber, die
die Vaterlandsliebe zum Geschäft und die Justiz
zum Gerichtsversteher erniedrigen wollen, wenn auf
einmal für jeden Bergewaltigen tausend neue Kämpfer
aufstehen! Kampfzeit war für uns noch immer Erntezeit,
und die Klageweiber, die heulend zum Kadi laufen, werden
nicht um den Satz der Sozialdemokratie ihr schadenfrohes
Altweibergehacke anstimmen können, sondern sie werden ihre
verlogene Trauerkleidung bald genug brauchen, um all die
politischen Leichen mit Gott für König und Vaterland aus den
Wahlkämpfen zu tragen, die dem Ansturm des in Not und
Verfolgung neu gestifteten und neu befeuertem Volkes haben
fallen und weichen müssen.

Das Ministerium Viviani.

Gestern bezeichneten wir bereits die Lösung, die das
Ministerium Viviani darstellt, als unklar und zwi-
eideutig. Dieselbe Auffassung wird von den entschieden
radikalen und sozialdemokratischen Zeitungen Frankreichs ver-
treten. Viviani zwar ist über seine ursprüngliche Er-
klärung, die die Verkürzung der Dienstzeit von einer Kende-
rung der ausdientigen Lage abhängig macht und damit über-
haupt völlig in Frage gestellt hätte, einen Schritt hinaus-
gegangen. Er wird in der Kammer über die dreijährige
Dienstzeit folgendes erklären:

Die Regierung wird binnen kurzen Gesekentwürfe einbringen
über die militärische Vorbereitung der Jugend
und über die Reorganisation der Reserven. Die
Entwürfe sind bestimmt, die Defensivkraft der Nation zu erhöhen,
die stets nur daran gedacht hat, Ehre, Freiheit und Heimat zu
schützen. Erst wenn diese Entwürfe, die allen Ergebnissen der Er-
fahrung und den Anforderungen der nationalen Verteidigung Rech-
nung tragen, angenommen und in Kraft gesetzt sein wer-
den, wird die Regierung eine Erleichterung der mili-
tärlichen Lasten vorschlagen können.

Im selben Sinne äußerte er sich auch einem Bericht-
erstatter gegenüber:

Wir sind entschlossen, das gegenwärtige Militär-
gesetz anzuwenden. Dazu würden wir uns allerdings nicht
an eine unabänderliche Formel zu binden haben. Wir werden die
Abänderung des Militärgesetzes erst nach seinen Er-
gebnissen und entsprechend den Bedürfnissen der militärischen Ver-
teidigung ins Auge fassen. In dieser Hinsicht bin ich mit meinen
Kollegen einig.

Und schließlich erklärte auch der neue Unterrichtsminister
Augagneur:

Er sei ein Anhänger der Rückkehr zum Zwei-
jahrgesetze; aber diese Rückkehr könne erst dann erfol-
gen, wenn alle erforderlichen Maßnahmen getroffen seien, da-
mit keinerlei Störung und Verwirrung in der nationalen Ver-
teidigung hervorgerufen werde.

Allen diesen Erklärungen fehlt die nötige Entschieden-
heit. Dieser Empfindung gibt der „Radical“, das Organ
der geeinigten Radikalen, nachdrücklich Ausdruck:

Die vorgestrichene Kammerführung, welche den Sturz Ribots her-
beigeführt hat, hätte Viviani in seiner Ansicht bestärken müssen,
daß es unmöglich sei, mit einem Programm zu beginnen,

welches Republikaner wie Gobard und Fousot nicht befriedigte.
Gleichwohl hat Viviani nicht den Versuch gemacht, diese beiden
weiter als Mitarbeiter zu gewinnen, und er hat sich auch über die
Ansicht Combes' leichtfertig hinweggesetzt. An Stelle
dieser erprobten Republikaner sieht man in dem neuen Kabinett
gewisse Deputierte, welche für Ribot gestimmt haben. Da-
durch ist die Lage, die vorgeföhrt sehr klar war, jedenfalls etwas
verdunkelt.

Jaurès erzählt in der „Humanité“: Viviani habe
Combes erklärt, daß die Kasernen dienstzeit, welche
ergänzenden militärischen Maßnahmen ausgetroffen wür-
den, nicht herabgesetzt werden könne, solange
Deutschland nicht darauf verzichte, seinen Mannschaf-
bestand zu vermehren. Wenn dem so ist — fährt Jaurès
fort — dann besteht zwischen Viviani und uns eine tiefe
Kluft. Diese Kluft besteht aber auch zwischen ihm und
den geeinigten Radikalen, welche in Pan den durch die mili-
tärlichen Vorbereitungen der Jugend und die starke Ausgestal-
tung der Reserven vervollkommenen zweijährigen Dienst als
wirksamer als das Dreijähriges bezeichnet haben. Wie
kommt es denn, daß Viviani den Beistand Raynauts, Malvys
und Augagneurs gefunden hat?

Dagegen ist ein anderes radikales Blatt, die „Lanterne“,
mit der Lösung der Krise zufrieden und bereit, sich zunächst mit
dem Fortbestehen der dreijährigen Dienstzeit abzufinden. Die
gemäßigte und reaktionäre Presse findet zwar das Ministe-
rium zu radikal, ist aber durch den Nichttritt von Combes
eingemessen veröhnt. Dienstag wird die Entscheidung
in der Kammer fallen.

Nachlese zum Generalstreik.

Rom, den 11. Juni. (Eig. Ber.)
Die Konföderation der Arbeit, die sich zur alleinigen Leitung
der Streikbewegung für besetzt hielt, hat das Ende des General-
streiks für Mitternacht vom 10. zum 11. Juni beschlossen, nachdem
der Ausstand, soweit er nicht verfrüht proklamiert wurde, 48 Stun-
den gedauert hatte. Die Tagesordnung, in der der Parteivor-
stand diese Tatsache zur Kenntnis nimmt, hat folgenden Wortlaut:

„Der Vorstand der sozialistischen Partei konstatiert, daß der
im Einklang mit der Konföderation der Arbeit proklamierte
Generalstreik sich in zweitägiger Dauer als eine großartige und
gewaltige Protestkundgebung der Arbeiterklasse gegen die Pro-
letariatsverdrängung bewährt hat, die das Land noch einmal mit
Blut besetzt haben; er konstatiert ferner, daß die Konföderation der
Arbeit die Verantwortlichkeit für das Ende des Generalstreiks
allein auf sich genommen hat und ihren Organisationen die be-
treffende Beschlusfassung zugeben ließ und forderte, indem er
diesen Beschlus zur Kenntnis nimmt, die Parteisektionen und
die Parlamentarier auf, im Lande und im Parlament den
Einspruch gegen die reaktionäre Politik des Ministeriums zu
verschärfen und seinen Rücktritt zu beschleunigen.“

Aus dem Ton der Tagesordnung geht hervor, daß der Parteivor-
stand einer Fortführung der Bewegung nicht abgeneigt gewesen
wäre. Wir halten dafür, daß der Abbruch des Streiks einer
eigentlichen Aufstandsbewegung den Riegel vorgeschoben hat, von
welcher Bewegung wir in der augenblicklichen Lage keine Vorteile
erwarteten, die im Verhältnis zu dem Opfer der Massen standen
hätten. Selbstverständlich kann man darüber anderer Ansicht sein,
was die zu erzielenden Vorteile betrifft; darüber, daß es nicht
möglich gewesen wäre, den Generalstreik länger in friedlichen
Rahnen zu halten, scheint uns aber eine Meinungsverschiedenheit
nicht gut möglich.

Was nämlich die diesmalige Generalstreikbewegung von den
vorigen unterscheidet, das ist die von den Nationalisten
unter Beistand der Polizei organisierte Reak-
tion, deren systematische Provokation unsehbar die Streikenden
aus der Ruhe bringen mußte. In Rom ist die Polizei so weit
gegangen, am Mittwoch Nachmittag, also am dritten Streiktage,
eine nationalpolitische Demonstration auf dem Corso zu erlauben,
nachdem man an demselben Tage eine Demonstration der Arbeiter-
kammer verboten hatte. Küber von Geheimpolizisten und von
jungen Nationalisten wurde diese Demonstration, die unter aus-
geübter Deckung durch Carabinieri stattfand, von den Lebendigen
gebildet, die durch die dreitägige Unterbrechung ihrer Geschäfte ganz
außer Rand und Band waren. Die Fenster des Corso wurden
während der Demonstration ausgiebig mit Fahnen behängt, wo-
durch die Bourgeoisie ihrer begreiflichen Freude über den natio-
nalistischen Mardau Ausdruck gab. Je dunkler es wurde, desto mehr
wuchs den Deutschen der Mut, und schließlich bogaben sie sich mit
ihrem patriotischen Gebrüll vor die Fenster des Quirinale. Sie
dachten, der König würde ihnen den Spatz machen, auf dem Balkon
zu erscheinen, aber Viktor Emanuel war vernünftiger als die be-
handelskühnen Madaubrüder und lehnte die Zustimmung mit den
Worten ab, daß „Trauer im Lande kein Anlaß zu Freudenfeste-
gebungen“ sei. Gegen Mitternacht verpufften dann die Natio-
nalisten ihre letzten Energien durch Anzuspelung einzelner Per-
sönlichkeiten. So wurden der bürgerlich-radikale Abgeordnete
Lapagna, der wildsozialistische Abgeordnete Ribelli und
der Sozialist Giovanni Perda zum Gegenstand einer feind-
seligen Kundgebung gemacht, wobei die topernen Herrchen von
Handreichlichkeiten absahen, als den Angegriffenen von Freunden
und Parteigenossen Beistand geleistet wurde. Ein von einem
Nationalisten geschleudertes Glas zertrümmerte einen der großen
Spiegel des Café Aragno, welcher Spatz dem Angreifer etwa

7000 Lire kosten wird. Das „Giornale d'Italia“ hat auch eine Sammlung zum Besten der bei den Konflikten verwundeten Soldaten und Arabiertruppen, in der sich der Radaupatriotismus in kleiner — sehr kleiner — Münze befindet.

Bei einer so großen, sich über den größten Teil des Landes erstreckenden Bewegung ist es natürlich nicht möglich, nachträglich die Situation in den einzelnen Zentren gerecht zu werden. In Ancona selbst, wo der Streik heute noch fort dauert, war die Situation so ernst, daß die Stadt unter das Kommando der Militärbehörde gestellt wurde; also eine Art Belagerungszustand. Auch in Turin, Florenz, Neapel und Bari war die Situation sehr ernst. In Turin wurden mehrere Baracken gebaut, um die Kavallerie am Vordringen zu verhindern; zwei Demonstrationen wurden gelöst. Auch ein Cheveauxleger, der vom Pferde gestürzt ist, ist seinen Verletzungen erlegen. In Florenz fanden beim Kampf um eine Barricade drei Arbeiter den Tod. Unter den Verwundeten befinden sich zwei Frauen und ein Kind. In Neapel war auf Seiten der Menge ein Toter und 42 Verwundete. In Bari sind zwei Tote zu beklagen. Sehr ernste Nachrichten kommen aus der Romagna, dem einzigen Teil Italiens, wo der Volksdienst wirklich unterbrochen wurde. Hier dauert die Bewegung fort. In Cesena wurden eine Frau und ein kleines Mädchen getötet. Auch in Ravenna erschossen die Truppen einen Demonstranten, desgleichen in Parma.

Während so das Land von einer Massenbewegung erschüttert wurde, über deren Bedeutung man sich wegen Fehlens von Nachrichten nicht Rechenschaft ablegen konnte, lieferten unsere Genossen im Verein mit den Abgeordneten der äußersten Linken in der Kammer der Regierung ein Gesetzt nach dem anderen. Allein das Misstrauensvotum gegen die Regierung wurde mit 254 gegen 112 Stimmen abgelehnt. Immerhin hat der Ministerpräsident, der an den beiden ersten Tagen des Generalstreiks nur die schroffste Reaktion herausgeholt hatte, schließlich etwas eingelenkt.

Beruhigung.

Rom, 14. Juni. Aus Rom kommt die Nachricht, daß der öffentliche Verkehr, der ganz unterbrochen war, allmählich wieder aufgenommen wird. Die Post, die drei Tage lang ausgeblieben war, ist gestern zum erstenmal wieder angekommen. Heute früh ist der bei den Unruhen getötete Polizeikommissar mit feierlichem Gepränge bekränzt worden. In der Stadt herrscht vollkommene Ruhe, und auch in der Provinz beginnt die Ordnung wiederzukommen.

In Rom haben die Behörden trotz der kleinen Garnison, die in der Stadt liegt, die schwierige Lage der letzten Tage überstanden, ohne daß es zu einem blutigen Zusammenstoß gekommen wäre. Jetzt ist die Ruhe wiederhergestellt.

Westen abend haben die Eisenbahnarbeiter in Ancona die Arbeit wieder aufgenommen, auch die Bevölkerung von Fabriano beginnt, sich zu beruhigen.

Die Gemeinderatswahlen.

Rom, 14. Juni. In Rom, Mailand, Genua, Turin und in einigen anderen Städten haben heute die Wahlen für die Gemeinderatswahlen ohne jeden Zwischenfall stattgefunden.

Politische Uebersicht.

Der byzantinische Nummel.

Während die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom Reichstag die große Aktion für den Zwang zum Byzantinismus erwartet, fordert die „Kreuzzeitung“ unentwegt von der Regierung ein Ausnahmegesetz. Demgegenüber legt Professor v. Liszt in der „Vossischen Zeitung“ die Rechtslage dar. Er zeigt zunächst, daß jeder juristische Vorstoß gegen die sozialdemokratische Fraktion an der durch das Reichsgericht festgelegten Rechtsprechung in Fragen der Majestätsbeleidigung scheitern muß. Liszt zitiert eine Entscheidung des Reichsgerichts vom 7. November 1907, also noch vor der Novelle zu dem Majestätsbeleidigungsparagrafen, durch die das Reichsgericht Sozialdemokraten, die in einer Wählerversammlung

Wochenfilm.

Berlin O., 13. Juni 1914.

Sehr geehrte Redaktion!

Ich habe mir sehr gefreut, daß er wieder da ist. Ihr konservativer August nämlich. Wenn er auch mein politischer Gegner ist, so lese ich ihn doch gern. Indem daß er doch in manchen Dingen mit seine herzerweichende Verbtheit recht hat. Vor allem in das, was er gegen die Sozialdemokratie schreibt, kann ihm mancher liberale Mann, so wie ich, zustimmen. Und das mit die weißen Mäuse wird sich wohl auch noch geben.

Diesmal habe ich auch wieder eine ganze Menge auf die Pflanze. Das, was in die letzten Tage von Sie und Ihre Partei geleistet worden ist, geht mich denn doch über die Haarspitzen.

Zunächst möchte ich mir aber ganz energisch dagegen verhalten, daß ich mit dem „Kontier Rudike“, wo in der „Morgenpost“ Sonntags immer seinen Schmus macht, in einen Topf geworfen werde. Solch alte Weißbierguten gibt's doch gar nicht mehr. Wir modernen Berliner Bürger, wo was in die Suppe zu broden haben, gehen mit die Zeit. Wir fahren Auto, sind politisch interessiert und wissen, was wir unserem Stande schuldig sind. Und mit die Bildung können wir es auch mit jedem aufnehmen. Ich rechne mir jedenfalls nicht zu die ausgestorbenen Weißbier- und Sechserrentiers. Ich stehe mit beide Füße ins öffentliche und gesellschaftliche Leben und halte zu die Parole: „Liberal, national und loyal.“ Und daß ich ein Mann von gesundem Urteil und politischer Bildung bin, das beweist mein Gegenwärtiges und meine früheren Werke. Außerdem bin ich auch im Kurszettel und auf dem Hypothekensmarkt zu Hause und weiß als mehrfacher Hausbesitzer ins Wirtschaftsleben Bescheid. Ich möchte mich also die Sticheleien von meine Freunde und Feinde, daß ich es nicht mit deflagiertem Kontier Rudike aufnehmen könne, ganz entschieden verbitten. Ich bin ein ernst zunehmender liberaler Bürger, der eine gebildete Feder schreibt und nicht eine Sprache spricht, wo heute nur noch auf den Nummernplätzen geführt wird. Und wenn ich in Ihre Montagablätt schreibe, so will ich dort die Stimme des anständigen Bürgertums zu Gehör bringen.

Doch wovon wollte ich denn heute zuerst schreiben? Ach so! Sie regen sich mächtig darüber auf, daß in der liberalen Presse so gar nichts gegen das Charlottenburger Schreckensurteil, wie Sie es nennen, gegen die Denkmalsbemaler geschrieben wird. Ja, haben denn die liberalen Blätter da nicht ganz recht, wenn sie mit Euch da nicht in dasselbe Horn luten? Was gehen denn unsere liberalen Redakteure die roten Schmierfinken und die rote Woche an? Unser

beim Kaiserhoch sitzengeblieben waren, freispricht. v. Liszt fügt dem hinzu:

Die eingehende und gerade für unseren Fall überaus lehrreiche Begründung dieses Falles möchte ich den Juristen der „Kreuzzeitung“ zum Nachlesen besonders empfehlen. Sie werden aus ihr entnehmen, daß gerade durch die Kränkliche Argumentierung der staatsgerichtlichen Verfolgung auch die letzte Aussicht auf Erfolg genommen worden ist. War der Reichstag bereits mit der Verlesung der Allerhöchsten Vollmacht geschlossen, so gab es auch keinen Präzedenzfall des Reichstags mehr. Und wenn nun der Privatmann Raempf die Anwesenden, die auch nur Privatmänner waren wie er selbst, zu einem Hoch auf den Kaiser aufforderte, so war keiner von ihnen rechtlich verpflichtet, auf diese Aufforderung hin irgendwie zu reagieren. Eine Anklage gegen die Sitzengebliebenen wegen Majestätsbeleidigung aber wäre, solange das Reichsgericht seine Ansicht nicht von Grund aus ändert, ein Schlag ins Wasser und damit eine Blamage für die Staatsanwaltschaft sowie für den Justizminister, der für sie verantwortlich ist.

Liszt verichert übrigens, daß er selbst nicht auf dem Standpunkt stehe, daß der Reichstag mit der Verlesung der Verlesungsvollmacht geschlossen sei, er ist der Auffassung, daß die Handlungen der Abgeordneten bis nach Ablauf der ganzen Sitzung unter die Immunität fallen und somit erst recht jedem gesetzlichen Zugreifen entzogen sind.

Ist so juristisch absolut nichts anzufangen, so wird sich auch gesetzgeberisch kein Kapital aus der Ausübung eines selbstverständlichen Rechts durch die sozialdemokratische Fraktion münzen lassen.

Zum Schacher mit lippeischen Titeln.

In einem von der lippeischen Hofverwaltung veranlaßten Zeitungsartikel wird der Versuch gemacht, die Angaben über Titelschacher zu widerlegen, soweit sie sich auf den Hof dieses Kleinstaates beziehen. Die Hofverwaltung muß aber selber zugeben, daß „Arztämter“ vorgekommen sind. Im übrigen handle es sich bei den veröffentlichten Ankündigungen um „dreiste Schwindler, die Dumme suchen“. Die lippeische Hof- und Staatsbehörde habe die Hilfe der Kriminalpolizei und der Staatsanwaltschaft in Anspruch genommen. Die Verfahren schweben zurzeit noch. Die Mitteilung des Abg. Erzberger (Stiftung von 400 000 M. für den lippeischen erblichen Adel) habe die Hofverwaltung veranlaßt, Erzberger um die Vorlegung seines Materials zu ersuchen.

Der russische Gemeindevahlrechtstraub.

In der Sonnabend-Sitzung des russischen Landtages wurde die 2. Lesung des Gesetzesentwurfes einer neuen Gemeindeordnung fortgesetzt und der Wahlrechtstraub besiegelt. Die Regierungsvorlage sah gegenüber dem bisher gleichen Wahlrecht ein Mehrstimmrecht mit einer Stimmenhäufung bis zu fünf Stimmen vor. Der Reumetausch hatte aber noch erhebliche Verschlechterungen vorgeschlagen, insbesondere sollte den Reichs-, Staats- oder Gemeindebeamten, den Privatbeamten, soweit sie dem Privatbeamtengefech unterstehen, sowie den Höchstbesteuerten eine weitere Zusatzstimme gewährt werden. Der agrarische Flügel wollte noch eine agrarische Zusatzstimme in das Gesetz aufgenommen haben. Die Nationalliberalen waren die eifrigsten Verfechter der Verschlechterungen. Nach langer Debatte wurden sämtliche Verschlechterungsanträge abgelehnt und § 9 der Regierungsvorlage angenommen. Der selbe Landtagsabgeordnete stimmte aus „Gründen der Zweckmäßigkeit“ für die Regierungsvorlage. Die weiteren Bestimmungen des Gesetzes sind nebensächlicher Natur. Jedenfalls wird die Regierungsvorlage Ende nächster Woche in dritter Lesung angenommen.

Die Herzoglich gothaischen Privatwege.

Die Hofkammer in Gotha will die Angelegenheit der Begünstigung an den angebliehen Privatwegen in den herzoglichen Besitzungen, über die der Minister Dr. Richter polierte, einem Schiedsgericht unterbreiten. Der Landtag erklärte am Sonnabend, daß er dem Vorschlag der herzoglichen Hofkammer nicht zustimmen könne, bevor nicht die Begünstigten entfernt seien.

dem waren doch die Richter sehr milde, wo doch der Staatsanwalt zwei Jahre Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust beantragt hatte. Und es war doch das Denkmal vom guten Kaiser Friedrich! Da verstehen wir Liberalen keinen Spaß. Warum sollen sich da unsere Zeitungen aufregen? Wo sie sich doch so wie so immer gegen den Vorwurf zu wehren haben, daß die Liberalen die Bundesgenossen der Roten wären. Davon wollen wir aber ganz und gar nichts wissen, wenn wir auch dann und wann bei einer Wahl mit den Sozialdemokraten in Geschäftsverbindung treten. Die verurteilten Denkmalsbeschwärmer können einem ja leid tun, aber Sie können daraus sehen, wohin Ihre „Bildungsarbeit“, mit der Sie immer so prozen, fährt. Und wie Sie die Urteilsgeschichte aufbauen, das hat Ihnen das „Berliner Tageblatt“ arithmetisch vorgerechnet. Na, und auf das rechnen verstehen sich die bei Rosse. Was Sie da über milde Bestrafung von Studenten, Offizieren usw. schreiben, hat doch gar nichts mit die Charlottenburger Geschichte zu tun. Die wollen keine politische Demonstration machen, wenn sie mal ein Denkmal beschwären oder ein paar Scheiben einhauen oder einen Polypen vertreiben. Bei die ist es jugendlicher Kraftüberschuss verbunden mit Euf, was doch keine Schande ist. Im Gegenteil. Wie sagt doch das alte schöne Volkslied? „Wer niemals einen Raufsch gehabt, das ist kein braver Mann.“ Mein Kesse studiert auch Zurpotenz in Jena und Göttingen. Na, wenn der erzählt, was sie nachts nach der Kneipe für tolle Fiden machen und was da manchmal in die Trübe geht. Es ist zum Auein, wenn man den so hört. Aber staatsfeindliche Gesinnung ist da niemals nicht dabei. Im langträren Gegenteil.

Und damit komme ich auf das andere, die Kaiserhochgeschichte im Reichstage. So was ist doch einfach unerhört, bei einem Kaiserhoch sitzen zu bleiben. So was bringt ein Liberaler nicht fertig, und wenn er ein noch so voll und ganz und unentwegt freier Mann ist. Überleber Kniffisch hat zwar am Stammtisch erzählt, daß in den sechziger Jahren die liberalen Berliner Stadtverordneten auch nicht gehockt hätten und nicht zum Königsgeburtstag ins Säloß gratulieren gegangen sind. Aber das glaube ich einfach nicht. Und wenn es wahr ist, so ist das schon sehr lange her, und wir Liberalen sind mit der Zeit fortgeschritten und wissen, was wir dem Träger der Krone schuldig sind. Heutzutage kriegen doch auch liberale Abgeordnete und freisinnige Kommerzienräte und so den roten Adlerorden vierter Güte oder sonst einen Hausorden. Und eine Liebe ist doch schließlich die andere wert. Unsere liberalen Zeitungen haben ganz recht, wenn sie gegen die rote Taktlosigkeit entschieden vom Leder ziehen. Und es gibt ja Gott sei Dank immer noch einige vernünftige Genossen, die ihnen dabei zur Seite stehen. Mit Eurer republikanischen Gesinnung könnt Ihr uns Liberalen gestohlen Weihen. Wir haben mit der Monarchie

Mildernde Umstände — aber ein Jahr Gefängnis.

Der Russeier Trupp von der 1. Kompagnie des Infanterie-Regiments Nr. 45 war am 3. Mai in Athen bis 11 Uhr abends in einer Kneipe geblieben. Eine Patrouille, die ihn hier auffand, befohl ihm nach Hause zu gehen. Er kam dieser Aufforderung auch unfähig nach, doch von Freunden wurde er zurückgehalten. Er wurde, als er der Patrouille entwich, später festgenommen und sollte zur Hauptwache geführt werden. Hierbei leistete er Widerstand, und auf der Wachtstube machte er unter dem Einfluß der Alkoholischen Schandul und schlug um sich, wobei er noch einen Unteroffizier vor die Brust stieß. Der Mann kam vor das Kriegsgericht zu Justizburg, das ihm wegen seiner guten Führung mildernde Umstände zubilligte, ihn aber trotzdem wegen Beharrens im Ungehörigen und wegen Widerstandes zu einem Jahr Gefängnis verurteilte.

Die griechisch-türkische Spannung.

Die griechische Ungebild.

Athen, 14. Juni. (Meldung der Agence d'Athènes.) Die Regierung hat von einer Antwort der Bforte auf die dieser gestern übermittelte griechische Note noch keine Meldung. Obgleich bis zur Erteilung einer Antwort noch eine gewisse Zeit verstreichen dürfte, sind die griechischen amtlichen Kreise auf Grund der offiziellen Mitteilungen der Bforte und der Erklärungen des Großwesirs gegenüber den Vorklästern überzeugt, daß die Bforte ihre bekannte Taktik beobachten wird, die in vagen Sprechungen von Bazillierungsmahnahmen in Kleinasien besteht. Die öffentliche Meinung verlangt jedoch laut die sofortige Wiedereinsetzung der flüchtigen griechischen Familien in ihre Besitzungen und unverzüglichem Ersatz für die verursachten Schäden. Das Blatt „Hestia“ schreibt, die Regierung werde auch genügende Bürgschaften dafür verlangen, daß ähnliche Ereignisse sich nicht wiederholten.

Der kürzlich in Amerika angekauft Kreuzer „Selli“ hat die Reise nach Griechenland angetreten.

Türkische Meldungen.

Konstantinopel, 14. Juni. Die Bforte veröffentlicht weitere Telegramme des Ministers des Innern Talaat Bey, welche die Gerüchte, daß von Offizieren befehligte Banden sich in der Umgebung von Kivali befänden, als vollständig falsch bezeichnen, wie dies die Untersuchung ergeben habe. Der griechische Konsul selbst habe ihm gegenüber erklärt, daß es sich hier nur um Gerüchte handle.

Im Gebiet von Edremit waren vor der Ankunft des Ministers die Einwohner von sechzehn Ortschaften ausgewandert. Eine Anzahl Personen drang in die verlassenen Geschäfte und Häuser ein, um zu plündern. Die Behörden haben Maßnahmen zur Sicherung des Eigentums ergriffen. Die Lage ist wieder normal.

Das Parlament der organisierten Konsumenten.

(11. ordentlicher Genossenschaftstag des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine.)

(Telegraphischer Bericht des „Vorwärts“.)

Bremen, 14. Juni.

Die Eröffnung.

Der Genossenschaftstag trat heute nach 6 Uhr abends in seinem mit Rednern und Kammern reich geschmückten Saal der Zentralhalle zusammen. Anwesend sind etwa 850 Delegierte. Die ausländischen Genossenschaftsverbände haben eine Reihe von Vertretern entsandt. Der Zentralverband der österreichischen Konsumvereine ist durch den Reichsratsabgeordneten Dr. Karl Kerner von Wien vertreten, der großbritannische Genossenschaftsverband durch Teyne, die englische Großhandelsvereine durch Schotte und Hahne, der internationale Genossenschaftsbund durch Whitehead und Rans, der Zentralverband der finnischen Konsumvereine und die dortige Großhandelsvereine durch Väilly, Richard Rängmann, Teiro Salmio und Sanderius, aus Holland sind erschienen Kristjens und Vande-

sehr gute Geschäfte gemacht und das soll auch weiter so bleiben. Darum möchten wir uns solche Demonstrationen im Reichstage ganz entschieden verbitten. Das paßt sich nicht und das gehört sich nicht. Wir wollen in Ruhe und Frieden unsere Geschäfte machen und an der politischen Arbeit teilnehmen. Da bleibe man uns gefälligst mit republikanischen und revolutionären Geschichten vom Reibe.

Ein hervorragender liberaler Parlamentarier hat das Sittenweiben der Roten beim Kaiserhoch sehr treffend als eine Demonstration mit dem A-Verwertesten bezeichnet, woran ich anknüpfen möchte. Indem daß sie kürzlich ein Bild gebracht haben, wo sehr geschmacklos und unästhetisch war. Ich meine den Diplomatentanten nämlich, wo man etwas enthielt sah, was sonst von der Hofe schamhaft verhüllt wird. Wie kann man so was nur in ein öffentliches Blatt zeichnen. Ich weiß, daß auch von Ihre Seite sich sehr viele darüber entrüsten haben. Wir leben doch jetzt in einer kultivierten Zeit. Und wenn Goethe heute lebte, würde er seinen Söh von Verhüllungen auch anständiger und gebildeter reden lassen. Überleber Kniffisch wollte zwar wissen, daß in der Geschichte der Karikatur solche Sachen oft gezeichnet worden sind, und daß in den alten deutschen Volksbüchern und in Luthers Schriften noch viel hässlichere Sachen vorkommen. Und er sagte auch, daß in den Volksbüchern an alten Häusern und in Kirchen noch viel hässlichere Figuren zu sehen wären, wie z. B. die Butterkanne in Goslar, wo ich auf meiner Harzreise selbst gesehen habe und wovon ich eine Ansichtskarte an meinen Stammtisch schickte. Aber das geht mich alles nichts an. Weil es eben in Ihrem Blatte steht, ist so etwas unanständig. Für solch einen Humor habe ich kein Verständnis, wenn wir auch als Kinder über den Dufatenisch . . . wo uns unser Vater geschenkt hatte, gelacht haben. Ich bin gewiß kein Spielverderber und wir erzählen uns am Stammtisch manchmal lustigen Wit. Aber so ein Bild in Ihrem Blatte erregt mein Schamgefühl und ich nehme daran Aergernis, wie es ja wohl in der Gerichtssprache heißt.

Wozu überhaupt die ganze Aufregung über die sogenannten Verhüllungen und die angebliche Korruption. Jeder, der im Geschäftsleben steht, weiß, daß man es sich heutzutage etwas kosten lassen muß, wenn man es zu etwas bringen will. Ob das nun Kommerzienrat oder Hoflieferant oder Professor oder sonst was ist. Ansonst ist eben nur der Tod. Die liberalen Zeitungen haben ganz recht, wenn sie über Lieblichkeits Enthüllungen keinen großen Lärm machen. Es ist nun schon einmal ein altes wahres Wort: Geld regiert die Welt. Somit ich verbleibe

mit der Ihnen gebührenden Hochachtung
Friedrich Wilhelm Schulze,
Rentier und Hausbesitzer.

Ernst.

wandere, aus Schieben Dahl. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ist vertreten durch Umbreit und Kroll, die Zentralverbände der Handlungsgewerkschaften, der Transportarbeiter und Bäcker sind gleichfalls vertreten.

Nachdem der Arbeiterkongress in Bremen unter der Leitung des Dirigenten Böse dem Genossenschaftstag mehrere Ehrenerwählungen zum Vortrag gebracht hatte, erklärte im Namen des Vorstandes und Ausschusses des Zentralverbandes Konrad Barth-München den Genossenschaftstag für eröffnet. Er teilte mit, daß der Reichskanzler auf die Einladung geantwortet hat, daß die Gewerkschaften eine Delegation nicht genehmigen. (Zuruf: Natürlich!) Dagegen hat der Senat von Bremen den Syndikus Dr. Klapp zu den Verhandlungen entsandt. (Bravo!)

Zwischenfall - Bremen hat die Erschienenen im Namen der Konsumgenossenschaft „Vorwärts“ und ihrer Träger, der organisierten Arbeiter Bremens, herzlich willkommen. Der Redner gibt einen Überblick über die sehr interessante Geschichte der Bremer Konsumvereinsbewegung. Noch 1903 scheiterte der Versuch den alten, 5000 Mitglieder zählenden Konsumverein in modernen Bahnhofsverhältnisse zu lenken. Bei den Verhandlungen meinte ein Liberaler: „Stecht doch eure Fische unter eurem eigenen Tisch!“ Damit wurden die Optimisten und Konsumschulgen kuriert, und am 9. November 1906 wurde der Konsumverein „Vorwärts“ gegründet, und mit ihm ist es bis heute vorwärts gegangen. Einzig und allein die organisierte Arbeiterschaft und ihre Presse ist der Stützpunkt für den Konsumverein „Vorwärts“.

Darauf folgen die

Begrüßungsansprachen der ausländischen Delegierten.

Sie alle bringen die besten Wünsche ihrer Genossenschaften zum Ausdruck. Besonders bemerkenswert war die Entschiedenheit, mit der die englischen Delegierten betonten, daß die wirtschaftliche Organisation der Arbeiter und ihre internationale Verbindung der Volkerverehrung entgegenwirke. In den Begrüßungsworten der finnlandischen Delegation wurde der schwierigen politischen Verhältnisse gedacht, unter denen Finnland steht. Trotz allem politischen Druck aber schreitet die finnische Genossenschaftsbewegung unaufhaltsam fort. 1913 bestanden schon 427 Konsumvereine mit 115 000 Mitgliedern in einem Lande, das 3 Millionen Einwohner hat. Die finnischen Konsumvereine hatten 1913 einen Umsatz von 70 Millionen finnischer Mark, die finnische Großhandelsgesellschaft einen Umsatz von 23 Millionen finnischer Mark. Je schwerere der politische Druck auf den Massen lautet, desto lebhafter regen sich die Arbeiter auf ökonomischem Gebiet.

Dr. Karl Renner-Wien bedauerte, diesmal nicht so günstigen Bericht aus Österreich geben zu können. Die österreichische Konsumvereinsbewegung wurde in ihrem Fortschritt gewaltig gehemmt durch die Kriegsgefahr und die Geldkrise. In dieser Zeit haben wir erfahren, daß der höchste Schutz der Arbeiterschaft die Genossenschaft ist. Wir sehen unsere ganze Zukunft in dem der Genossenschaft. Wir sehen unsere ganze Zukunft in dem der Genossenschaft. Wir sehen unsere ganze Zukunft in dem der Genossenschaft.

Im Namen der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands sprach Paul Umbreit: Seit nahezu einem Jahrzehnt besteht zwischen den Zentralen der deutschen Gewerkschaften und Gewerkschaften ein Zusammenwirken, das bereits eine ganze Reihe positiver Erfolge für beide Teile gezeitigt hat. Wir haben Vereinbarungen für die Behandlung der ungleichmäßig interessierenden Fragen abgeschlossen, die Arbeitsverhältnisse einer ganzen Reihe von Angestellten und Arbeitern der Konsumvereine wird, das Bündnis zwischen Gewerkschaften und Gewerkschaften für alle Dauer zu befestigen. Wir hoffen, daß es auf dieser Bahn gemeinsamen Wirkens keinen Halt geben wird. Gewerkschaften und Genossenschaften sind dem gleichen Boden entspringen, der Ausbeutung des Arbeiters als Produzent und Konsument; beide Bewegungen werden von den Kapitalisten und Händlern mit Schanden den Behörden mit Schikanen, von der Gesetzgebung mit Entwürdigung bedroht. Und doch haben Gewerkschaften und Genossenschaften so Großes für die Gesellschaft, für die Gesundheit, die Erziehung der Arbeiter als Güterzeuger und Güterverbraucher, als Staatsbürger und Steuerzahler getan, mehr als ihre gesamten Gegner zusammen. (Stürmischer Beifall.) Sie haben aus dem Deutschland als Auswanderungsland ein Deutschland als Werkstatt der Nationen gemacht, sie haben den Arbeitern die Sonne des Vaterlandes zurückerobert und sie zur Mitarbeit in der Gemeindegemeinschaft und im Staat erzogen; sie haben gesunde Lebensbedingungen für Millionen geschaffen und der Gesellschaft neue Wege gezeigt, um weitere Millionen der Not zu entreißen. Wenn das unser Verdienst ist, so tragen wir mit Stolz die gemeinsame Schuld, die uns für kommende Geschlechter der höchsten Ehrentitel sein wird. (Stürmischer Beifall.) Es gibt keinen Gegensatz zwischen den Arbeitern als Produzenten und Konsumenten, ich erkläre das auch in bezug auf die Arbeitsverhältnisse in den Konsumvereinen und in der Eigenproduktion, die wiederholt Erörterungen ausgelöst haben. Diese Debatten sind aber lediglich aus ungenügender Regelung der Formen des Zusammenwirkens, aus Mangel an Klarstellung der Rechte und Pflichten aller Faktoren in den genossenschaftlichen Arbeitsbetrieben entstanden. Die gegenwärtigen Tarifverhandlungen, so dramatisch sie sich am Anfang annehmen, sind zu beiderseitigem Vorteil friedlich beendet worden. Ich darf dies als Beweis dafür bezeichnen, daß auf beiden Seiten die Notwendigkeit friedlicher, solidarischer Zusammenwirkens klar erkannt ist; wo der gute Wille zur Verständigung vorhanden ist, da findet sich auch allezeit ein Weg, den Sie dafür, daß auch in Zukunft immer im rechten Moment das rechte Wort zur Verständigung erfolgt. Das erfordert das Gesamtwohl des arbeitenden Volkes. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Darauf berichtete Lorenz über den Internationalen Genossenschaftsbund, dem 8 Millionen Mitglieder, also 30 bis 40 Millionen Menschen, angeschlossen sind. Der Internationale Genossenschaftsbund muß die wichtigsten Grundzüge befolgen, wie sie in der Hamburger Resolution niedergelegt sind, nämlich er muß anti-kapitalistisch sein, die Organisationen der Konsumenten und Kapitalisten führen und sein Ziel muß die Befreiung des geistigen und materiellen Wohls des arbeitenden Volkes sein. Darauf wurde die Vorberatung abgeschlossen. Die sachlichen Verhandlungen beginnen Montag früh.

Aus Groß-Berlin.

Das zweite Arbeitersportfest in Weißensee.

Radender Sonnenschein lag gestern in beinahe überreichlichem Maße über dem Havelmeer. Alles flüchtete in den Schatten, denn das nach den kalten und nassen Tagen so sehnsüchtig herbeigesehnte Sommerwetter meinte es wirklich etwas zu gut. Um so mehr Aufsehen erregte es, als am Vormittag hunderte kleiner Trupps von Turnern, Radfahrern, Schwimmern usw. aus den Vororten und Arbeiterdörfern der Havelstadt dem Zentrum Groß-Berlins zuströmten. Überall erkundigte sich das Publikum — soweit es nicht als „Vorwärts“-Leser schon darüber informiert war —, wohin die Reise gehe, denn die Sportler sind doch sonst schon am frühen Morgen als die ersten weit draußen vor den Toren der Stadt. Und alle, die sonst vielleicht gar nichts davon erfahren hätten

— denn die bürgerliche Presse schweigend bekannlich die Arbeiterfeste ist —, konnten nun immer und immer wieder hören: Heute ist das Arbeiter-Sportfest in Weißensee!

In kleinen Trupps marschierten die Tausende an. Das war Jagows Werk! Aus „verkehrs-, sicherheits- und ordnungspolizeilichen“ Gründen hatte er den Festzug untersagt. Die zehntausend Sportler und Zehntausende von Festbesuchern sollten möglichst einzeln und unauffällig sich nach Weißensee begeben, damit niemand etwas davon erfährt. Die Strafe dient nämlich nur dem Verkehr — der Gurrabadioten. Auf dem Alexanderplatz stießen aber bereits mehrere Trupps zusammen, so daß nun die Menge schon etwas größer wurde. Da erschien plötzlich die Polizei. In der Neuen Königstrasse wurde durch eine Kette von Schaulenten der „Zug“ abgelenkt, man suchte die „Führer des Zuges“, nahm auch mehrere Verhaftungen vor, ohne irgendwie ersichtlichen Grund. Radfahrende Schaulente jagten hin und her, als sei eine feindliche Armee im Anzuge.

Die „Führer“ Turner und Turnerinnen des Südostens und Ostens waren inzwischen im Friedrichshain in mehreren Trupps zusammengelassen. Als sie dort eine kleine Pause machten, erschienen sofort Schaulente und ein Polizeileutnant und forderten zum Weitergehen auf. Sogar die Bänke im Friedrichshain mußten freigemacht werden. In einem Privat-Haus wurden circa 30 Schaulente bemerkt, die jedes Winkes gewärtig waren. An der Elbinger, Ecke Bölowstrasse verspernte eine dicke Schuchmannskette dem Publikum den Weg und lenkte nach einer Seitenstrasse ab, dann gab die Polizei aber den weiteren Feldzug auf, so daß die von allen Seiten anströmenden kleinen Trupps schließlich doch nach Schloß Weißensee kamen.

Nach diesem kleinen Vorgeficht war die Stimmung im Festlokal natürlich eine gehobene. Bald war das große Establisement dicht gefüllt. Der schöne schattige Garten und eine kühle Brise vom See brachten wohlthuende Erholung nach der langen Reise durch die Stadt. Die Schwimmer eröffneten mit einem erakten Reigen von 120 Teilnehmern und Teilnehmerinnen die Vorträge. Dann folgten Wasserbrünne, diverse Reigen der Radfahrer, ein Wasserballspiel und ein Radballspiel in hunderter Folge, alles mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Auf den Bühnen im Garten — die eben besprochenen Vorträge erfolgten auf einem Riesensloß auf dem Weisensee — zeigten die Turner und Turnerinnen Barren- und Reckturnen sowie lebende Bilder: „Sport im lebenden Bild“, während die Mitglieder des Athletenbundes Kraftturnen, Gewichtheben und griechisch-römische Ringkämpfe vorführten und mit ihren Darbietungen großen Anklang fanden. Für die zahlreich anwesenden Kinder war ebenfalls bestens gesorgt durch Spiele auf der kleinen Wiese, die von „Nichte“-Mitgliedern geleitet wurden. Musikalische Darbietungen sowie Gesangsvorträge des Männerchors Weißensee ergänzten in vorzüglicher Weise den allgemeinen Teil des Programms. Bemerkenswert sei noch, daß auch die Arbeiterkamerader wieder in anerkannter Weise ihres mühevollen Amtes walteten.

Einen Hauptpunkt des Festes bildeten die von mehreren Tribünen gehaltenen Reden, in denen die Verweigerung des Stadions, das Verbot des Festzuges sowie die unzulässigen und fortgesetzten Schikanen der Behörden treffend gekennzeichnet wurden. Der brausende Beifall zeigte, daß die Arbeiterschaft fest gewillt ist, den Kampf weiterzuführen. Der Kampf um die Jugend — denn um diesen handelt es sich in der Hauptsache — wird zwar der heftigste, aber wohl auch mit der wichtigste Kampf sein, den die organisierte Arbeiterschaft zu führen hat. In diesem Kampfe wollen auch die Arbeiterportler mit als Avantgarde marschieren.

Ein Brillant-Feuerwerk beschloß das in allen seinen Teilen würdig und wirkungsvoll verlaufene Fest.

Der gemäßigteste Mirakelprotektor.

Der Direktor der Betriebsstelle des Verbandes deutscher Dramatiker, der in Berlin bei einer Aufführung des „Mirakel“ mitten in der Vorstellung gegen diese „Profanierung der Religion“ protestierte, ist deswegen aus seiner Stellung entlassen worden.

Der ganze Vorfall dürfte in einem gerichtlichen Nachspiel nachgeprüft werden, da Dr. Dinter gegen das „Berliner Tageblatt“ Strafantrag gestellt hat wegen der unwahren Behauptung, der Verband deutscher Bühnenschriftsteller habe beschlossen, eine Untersuchung seines Gesundheitszustandes zu veranlassen. Ferner wegen der unwahren und im Zusammenhang beleidigenden Behauptung, zwischen Dr. Karl Vollmoeller, dem Verfasser des „Mirakel“, und ihm schwebte ein Prozeß.

Eine heillose Blamage ist die Angelegenheit aber jetzt schon sowohl für die Bühnenschriftsteller wie für die übereifrigen Reinhardtleute, die nicht einmal einen Prozeß vertragen können, der — wie die Dinge in Berlin liegen — für sie schließlich auch nur eine Reklame bedeutet.

Ein trauriges Sittenbild

förderte die Verhaftung eines Bodendiebes zutage, der in der letzten Zeit namentlich im Süden und Westen der Stadt seine Tätigkeit ausübte. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei ergaben, daß jedesmal in dem Hause ein Mann, der früher in der Frankfurter Straße wohnte, gesehen worden war, während ein unscheinbares, aber hübsches Mädchen vor der Tür gestanden hatte. Das Mädchen entpuppte sich als die 13 Jahre alte misratene Tochter achtbarer Eltern, die diesen entlaufen war und sich der Fürsorgeerziehung, in die sie wegen Diebstahls und Unfittlichkeit kommen sollte, entzogen hatte. Der Bodendieb, bei dem sie wohnte, benutzte das Mädchen zum „Schmierestechen“, bis sie eines Tages auch ihm wegfiel und sich einem anderen Mann zuwandte. Nach einiger Zeit fand der Bodendieb, ein Handelsmann, seine junge Helfershelferin wieder und nahm sie von neuem zu sich. Bei seiner Verhaftung ergab sich nun, daß die Dreizehnjährige demnach Mutter wird. Verhaftet wurde außer dem Bodendieb der Mann, bei dem sich das Mädchen in der Zwischenzeit aufgehalten hatte, ein Kaufmann in der Elisabethstraße.

Unangenehmen Besuch

hatte in der Nacht zum Sonntag der Gastwirt Kröling in Heiligen-see. Der Mann hatte sich für den Sonntagverkehr gut vorgeesehen, machte aber morgens die unglückliche Entdeckung, daß nächtlicher Besuch ihm einen beträchtlichen Teil seines Vorrates wieder weggenommen hatte. Die Einbrecher erbeuteten nicht weniger als 8 gerupfte Gänse, 7 Kapstücker, 5 Büchsen Halberstädter Wurstchen, 15 Flaschen Wein, darunter mehrere Flaschen Sekt, 9 Flaschen verschiedener Liköre und 6 Liter Sherri Brandy in einer großen Flasche. Von den Tätern fehlt noch jede Spur.

Zwei Kinder von einem Automobil überfahren.

Ein aufregender Automobilunfall ereignete sich Sonnabendabend in der Schloßstraße in Steglitz. In der Nähe der Nominenstraße gingen zwei Geschwister im Alter von sechs und acht Jahren Hand in Hand über den Fahrdamm, als eine Taxameterdroschke nahe, die Droschke auszuweichen, gegen ein aus der anderen Richtung kommendes Automobil. Sie wurden zu Boden geworfen und beide überfahren. Das jüngere Kind, ein Knabe, wurde so schwer verletzt, daß er in äußerst bedenklichem Zustand nach dem Städtischen Krankenhaus gebracht werden mußte. Seine Schwere erlitt fünf blutende äußere Verletzungen sowie Quetschungen.

Ein verhängnisvoller Streit spielte sich gestern mittag in der Pappelallee ab. Der 29 Jahre alte Arbeiter Schwarz aus der Pappelallee und der 2 Jahre alte Knabe Hermann Wolf aus der Pappelallee hatten sich gestern morgen als Markthelfer in der Zentralmarkthalle etwas verdient und suchten um 9 Uhr eine Schankwirtschaft in der Pappelallee auf. Hier behauptete Wolf, Schwarz habe den Verdienst nicht richtig geteilt. Die beiden Männer gerieten hierüber allmählich heftig aneinander. Als um 11 1/2 Uhr Wolf seinen Gegner mit dem Messer bedrohte, sprang der Kolonialhändler dazwischen und setzte Wolf kurzerhand vor die Tür. Schwarz aber folgte ihm auf die Straße. Hier stieß Wolf seinem Gegner das Messer in die linke Handfläche, so daß er auf der Stelle bewußlos zusammenbrach. Man brachte den Verletzten, dem die Gedärme durchschnitten sind, von der Rettungswache in der Gaudystraße nach dem Krankenhaus am Friedrichshain, wo er hoffnungslos danieder liegt. Schwarz ist verhaftet und later von zwei kleinen Kindern. Wolf wurde festgenommen.

Aus aller Welt.

Einsturzkatastrophe in einem Tunnel.

Im Innern des im Bau befindlichen Tunnels der Eisenbahnlinie von Breg nach Dissentis stürzte am Sonnabend ein Stollen ein, gerade in dem Augenblick, als die Arbeit aufgenommen wurde. Zahlreiche Arbeiter wurden verschüttet, deren Zahl noch nicht feststeht. Es besteht keine Hoffnung, auch nur einen Lebenden aus den Trümmern bergen zu können. Die Rettungsarbeiten wurden sofort in die Wege geleitet, sind aber sehr schwierig und gefährlich, da man neue Felsstürze befürchtet. Bisher gelang es nur, einen Toten auszugraben.

Schwerer Unfall bei einem Schaufliegen.

Bei der Einweihung des Flugflughafens in Deutsch-Colon verunglückte bei einem Flug an einem Doppeldecker der Motor, als das Flugzeug sich gerade über dem Publikum befand. Der Apparat fiel zwischen die Menge, der Propeller ritzte einen 10 Jahre alten Knaben einen Arm ab und verletzte ihn schwer am Kopfe. Auch die Frau des Oberbahnvorstehers wurde erheblich verletzt. Die Insassen des Flugzeuges blieben unverletzt.

Kleine Notizen.

Unfall bei einem Ballonwettsiegen. Bei einem Ballonwettsiegen in Portland (Nordamerika) wurde ein Ballon vom Wind getroffen. Der Fahrer erlitt schwere Verletzungen.

Durch Starkstrom getötet. In Jülich bei Steinfurt kam ein in dem dortigen Elektrizitätswerk beschäftigter Rentier der elektrischen Leitung zu nahe und wurde durch den starken Strom getötet.

Deutsche Einbrecher in Paris. Zwei Deutsche namens Emil Birtzig und Hugo Adam, sowie die Geliebte des letzteren sind gestern Abend von der Pariser Polizei wegen fortgesetzter Einbrüche und Warenentführungen verhaftet worden. Adam wird bereits von der deutschen Polizeibehörde gesucht. Eine sofort abgehaltene Hausdurchsuchung förderte viele gestohlene Waren zutage, so daß eine Anzahl Wagen requiriert werden mußten, um die gestohlenen Beute forttransportieren zu können.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Dienstag mittag: Im westlichen Küstengebiet ein wenig kühler, vorwiegend heiter und trocken. In den übrigen Gegenden zunächst sehr warm, später vielfach Gewitter und Abkühlung.

Letzte Nachrichten.

Die Wirren in Albanien.

Durazzo, 14. Juni. Nach Meldungen aus Elbassan sind die Aufständischen bis in die Nähe von Elbassan vorgezogen und bedrohen die Stadt. Die Bewohner Elbassans haben sich mit der dortigen Truppenabteilung zu gemeinsamer Abwehr zusammengeschlossen. Unterdessen sind Hülfstruppen mit Artillerie in Elbassan angekommen, so daß die Gefahr abgemindert erscheint.

Der gestern in Untersuchungshaft genommene Bürgermeister von Durazzo ist auf Intervention des russischen Delegierten der Internationalen Kontrollkommission auf freien Fuß gesetzt worden.

Wahlverein Charlottenburg

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, den 16. Juni, abends 8 1/2 Uhr im Volkshaus, Rosenstr. 3.

Tagesordnung:

1. Berichte von der Kreis- und Verbandsgeneralversammlung.
2. Diskussion.
3. Vereinsangelegenheiten.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Statt jeder besonderen Werbung.
Am Sonnabend, den 13. Juni, verließ nach langem, höchstem Leiden unser ungeliebter einziger Sohn, Enkel und Neffe
Herbert
im Alter von 9 Jahren.
Die Beerdigung findet Dienstag, d. 16. Juni, nachm. 5 Uhr, von der Kapelle der Pflanzengemeinde, Hirtensdamm Weg, aus statt. Dies zeigen, um stille Teilnahme bitend, an.
Die tiefbetrübten Eltern,
Bruno und Maria Kupski.
Rosenstr. 37, Dultenstr. 22.

Bruchbandagen
Leibbinden, Geradschalter, Irrigatoren, Spritzen etc.,
Suspensorien, sowie
alle Artikel z. Krankenpflege
empfiehlt
Fabrikant Pollmann,
jetzt Berlin N., Lothrieger Str. 60.
Eigene Werkstatt, Licorant für Krankenkass. Fachgem. Bedienung.
Reuters Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

In der Einheit liegt die Macht!

Wehrlos wäre die Arbeiterklasse, gäbe ihr nicht die Zusammenfassung ihrer Kräfte Stärke und Macht. Darum ist es Pflicht jedes Arbeiters, sich seiner

politischen und gewerkschaftlichen Organisation

anzuschließen, um aktiv und mit aller Energie teilzunehmen an dem großen Befreiungskampfe seiner Klasse.

Tretet ein in die sozialdemokratischen Wahlvereine, werdet Abonnenten des „Vorwärts“.

Beitrittserklärungen zu den Wahlvereinen werden entgegengenommen im Berliner Verbandsbureau, Berlin SW 68, Lindenstraße 2 I.

Bestellungen auf den „Vorwärts“ nehmen die Hauptexpedition, Berlin SW 68, Lindenstraße 69, sowie alle Filialexpeditionen entgegen.

Theater.

Montag, den 15. Juni 1914.

Anfang 4 1/2 Uhr.

Reigt-Theater. Das Ritterschloßmädchen.

Anfang 5 Uhr.

Passage-Theater. Rino-Baricò. Potsdamer Naturtheater. Alt-Potsdam.

Anfang 7 Uhr.

Eines Rollendorf-Theater.

Eine tolle Nacht.

Deutsches Opernhaus. Parsifal.

Anfang 7 3/4 Uhr.

Metropol. Die Meise um die Welt in 40 Tagen.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Mit dem Imperator nach New York.

Deutsches Künstler-Theater.

Zehe vom Berge.

Selbst. Das Märchen vom Wolf.

Theater an der Weidenammerbrücke. Der müde Theodor.

Schiller O. Angenbunde.

Schiller Charlottenburg. Ueber unlers Reali. 1. Teil.

Berliner. Wie einst im Mai.

Königsgräber Straße. Hr. Hu. Kleines. Jellchen Gedert.

Thalia. Wenn der Frühling kommt.

Hofe. Zwischen Himmel und Erde.

Montis Operetten. Als ich noch im Hüllgeleibe.

Wintergarten. Spezialitäten.

Reichshallen. Stettiner Sängler.

Potsdam-Theater. Varietés und Lichtspiele.

Berliner Prater-Theater. Strigol.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Theater am Rollendorfsplatz.

Der Barbaron.

Lustspielhaus. Die spanische Flegel.

Friedrich-Wilhelmstädtisches.

Die Scheidungsche.

Zuiken. Der wilde gelbe Hahn.

Folies Caprice. Die Leibwächterin.

Die Amordragoner. Das Bett Napoleons. Oh — da saun' ich.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Volks-Theater. Hans Gudewin.

Reibung. Die verfluchte Liebe.

Admiralpalast. Im Langoslad.

Sternwarte. Invalidenthr. 57—62

In Freien Stunden

Die

Wochenschrift für Arbeiterfamilien

Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Anton Boekers Festsäle

Weberstr. 17.

Tel.: Amt Königsplatz 13414.

Empfehlte seine Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art.

Kleine und große Säle, großer Garten mit feststehender Theaterbühne sowie große Vereinszimmer neben den gedienten Gewerkschaften und Vereinen jederzeit zur Verfügung. Gedruckt

Anton Boeker, Weberstraße 17.

Arbeiter-Gesundheits-

Bibliothek

38 verschiedene Hefte à 20 Pf.

Öffentliche politische Versammlungen.

Öffentl. Volksversammlung

am Dienstag, den 16. Juni 1914,

abends pünktlich 8 Uhr.

in den Germania-Prachtsälen, Chausseestr. 110

Tagesordnung:

Aus russischen Kerkern.

Ein Hilferuf!

Die Leiden der politischen Gefangenen Rußlands.

Vortrag des Schriftstellers Ernst Reuter mit erläuternden Lichtbildern.

Zu der Versammlung werden Eintrittskarten zum Preise von 20 Pf. verausgabt, die in nachfolgenden Ausgabestellen zu haben sind:

Zigarrengeschäft Schröder, Hagelbergerstraße 54/55.

Zigarrengeschäft Gorch, Engelufer 15.

Zigarrengeschäft Baumann, Jungferstraße 30.

Bureau des 4. Wahlkreises, Stralauer Platz 10/11. Von 9—1 und 5—7 Uhr.

„Vorwärts“-Expedition, Petersburger Platz 4.

Zigarrengeschäft Schneider, Hufelandstraße 80.

Restauration Diebler, Brunnenstraße 150, im Hof.

Restauration Friedrich, Gerichtstr. 19.

Restauration von Paersch, Oldenburger Straße 10.

Der Ueberchutz wird dem Deutschen Hilfsverein für die politischen Gefangenen Rußlands zugewendet.

199/17*

Der Einberufer: Eugen Ernst, Lindenstraße 2.



Fordern Sie

Engel-Marke

wenn Sie Flaschenbier kaufen, dann erhalten Sie das gewünschte „Engelhardt“

„Caramel-Bier“

alkoholarm, pasteurisiert

Buchhandlung Vorwärts

Lindenstr. 69.

Wera Figner

Russische Gefängnisse

Preis 75 Pf.

Eine packende Schilderung der Greuel in den russischen Gefängnissen und ein Appell an das Gewissen Europas.

Reuters Werke

3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Wanderer! Ruderer! Radfahrer!

Reichhaltiges Lager in

Wanderkarten

Silva, Straube, Kießling, Pharus.

Radfahrerkarten

Mittelbach, Straube.

Reiseführer

Grieben.

Ruderbücher

Silva, Straube.

Kursbücher

Kießling, Storm, König.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69.

Spezialarzt

Dr. med. Karl Reinhardt.

Institute:

Neanderstraße 12 nahe d. Köpenicker Straße.

Sprechst. 5—7, Sonntags 10—11.

Potsdamer Str. 117 a. d. Lützowstr. Sprechst. 1/11-2.

u. 1/2-3/10 U. abds., Sonnt. 11-1.

Für Frauen: 11—1 Uhr.

Nachweislich vollkommenstes Heilverfahren. Vorzügl.

Dauererfolge, auch bei schwersten, voraltetsten Fällen. Keine

Berufsstörung. Mäßige Preise. Teilzahlung gestattet.

Man verlange im eigenen Interesse 48 Seiten starke

Broschüre gratis und franko per Post

i. verschloss. Kuvert, auch i. d. Instituten während d. Sprechst.

gratis erhältl. Weitere Anskünfte i. d. Sprechstund. kostenlos.

Warnung vor minderwert. Heilverfahren u. ungeheuer-

licher Preisforderung angeblicher Spezialarte.

Ehrlich - Hata - Kur (ohne Berufs-

störung) nach

neuester, erfolgreichster Methode. (Siehe Broschüre.)

Mikroskop. und chem. Blut- und Harn-Untersuchung.

Der nächste Herren-Vortrag

findet statt am **Donnerstag, den 18. Juni, abends**

7,10 Uhr. in den **Arminhallen, Kommandanten-**

straße 58—59, über:

wirksame und kurpfuscherhafte Behand-

lungsmethode; ferner über

mit Demonstrationen an naturgetreuen

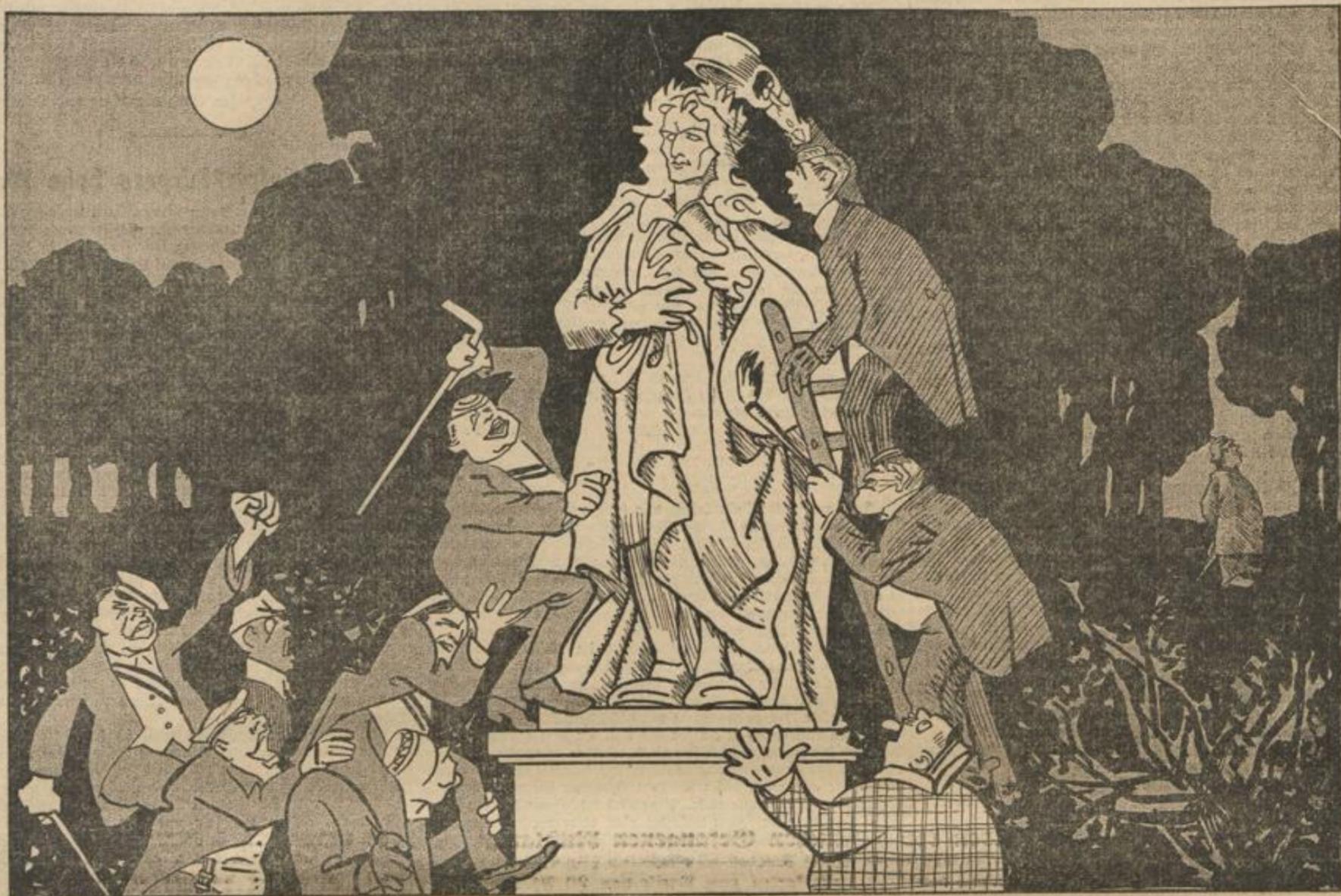
Wachsmodellen.

Eintritt frei. — Fragenbeantwortung.

10% Rabatt

Das gute Kiebeck Bier

Wenn zwei dasselbe tun . . .



Nur immer feste druff! Der Alte kann die 20 Märker schon berappen.

Ein verzweifelttes Spiel.

Von August Winnig.

Rein, nicht von mir, sondern von unserem vielgeliebten Freunde Hans, dem Geisterlänger aus Lüneburg, will ich erzählen. Unser Bataillon stellte die Garnisonwache, und unsere Kompanie erhielt die östlichen Außenposten zugewiesen. Nicht traf das Los, die Schichtstände da weit draußen in einem kleinen Gehölz an einem Nebenflusse der Warthe zu behüten, mich und besagten Hans und noch einige andere Leute. Hans hatte die „erste Nummer“, von ein bis drei Uhr, ich die zweite von drei bis fünf Uhr und so fort.

Es war in der Zeit der längsten Tage, etwa ausgangs Juni. Im kleinen Eichenwalde summten die Hummeln und die Gollwespen; die Drosseln hatten sich vor der brütenden Sonne zurückgezogen, die Eichhörnchen saßen still zwischen den schließenden Ästen, und oben rein war es Sonnabendnachmittag; es war sehr einsam da draußen. Wir pflückten die unseren Gängen in den weniger betretenen Winkeln Blumen und schmückten die kahle Wachtstube damit, legten uns unter die vollbesaubten Bänke und rauchten und schaukelten von der Welt, die wir liebten und die doch so fern von uns war. Dann wurde es Nacht. Ein paar leichte Wolkenstrahlen dämpften das Licht des halblichtbaren Mondes. Ein silbergrauer Glanz schwebte im Walde. Schwebte auch über den jüchlich liegenden Wiesen, verdichtete sich über dem Flußlaufe zu weißlichem Dunst und ging weiterhin in ein unbestimmtes Dunkel über, in dem sich der Blick verlor. Der Erdgeruch mischte sich mit dem Duft des jungen Laubes der Eichen und Birken, der Blumen und des Grases. Süß und schmeichelnd war das alles. So eine Nacht kann man nicht wieder vergessen, selbst wenn man ein Gewehr dabei trägt.

Auf der Wachtstube wurde es still. Der wachhabende Unteroffizier sah schläfrig an seinem Tische, sah manchmal nach der veräucherten Wanduhr und griff hin und wieder zu dem zerlesenen „Soldatenfort“, jener einsätzigen illustrierten Zeitschrift, die die Kriegsbilder und das Erzählerelement in traktätschöne Geschichten und Anekdoten auflöst und in allen Kasernen zu finden ist. So oft ein Geräusch an sein Ohr drang, ruckte der Unteroffizier zusammen, griff nach dem Helm und horchte. Die Mannschaften lagen auf der Britsche und „ruhten“. Schlafen ist ihnen nach der Wachinstruktion verboten, doch dürfen sie sich hinlegen und „ruhen“. Da es aber für einen gesunden Menschen schwer ist, bei nachtschlafender Zeit zu liegen und nicht zu schlafen, so nimmt man es gewöhnlich mit dieser Vorschrift nicht allzu genau.

Die Mannschaften schliefen also. Kurz vor ein Uhr rief der wachhabende die „erste Nummer“ auf. Das war Hans. Ich hatte ihn beim Aufstehen zu begleiten. Hans rieb sich die Augen, rückte das Koppel zurecht, setzte den Helm auf und griff verächtlich zum Gewehr. Als wir draußen in der weichen Luft dieser Nacht waren, meinte er, er sei schändlich müde und werde sich einen Platz suchen, wo er weiter schlafen könne. Es gab natürlich solcher Plätze genug hier draußen.

Unter den Nickerbüschen, die den Zugang umsäumten, standen zwei breite hölzerne Bänke. Auf die eine davon wollte sich Hans legen, ich sollte ihn um drei Uhr bei der Ablösung dort treffen.

Das Schlafen auf Posten ist zwar bei vierzehntägigem strengen Arrest verboten; aber wie man sich an diese Unbequemlichkeiten gewöhnt, so auch an diese Drohung. Es gibt kaum einen Posten, der nicht bei Nacht schläft, wenn er nur einen halbwegs passenden Platz dazu findet.

Als ich zur Wachtstube zurückkam, legte ich mich sogleich wieder hin und war auch noch wenigen Minuten eingeschlafen. Das harte Lager auf der Holzspitze, der Tornister als Kopfkissen, dazu das Koppel mit den Patronentaschen und dem Seitengewehr — dies alles ist freilich so störend, daß der Schlaf nur leicht ist und durch jedes halbblaute Geräusch unterbrochen wird.

Es war etwa halb drei Uhr, als wir alle durch ein lautes Rufen draußen erwachten. Der Unteroffizier war sogleich hochgefahren und hief uns aufstehen. Wir sprangen von unserem Lager und machten uns zum Antreten fertig; das mußte die Ronde sein. Sie war es wirklich. Der Unteroffizier hatte die Tür aufgestoßen und war hinausgetreten, wir drängten hinter ihm her und lauschten. „Es ist doch unglaublich! Es ist doch unglaublich!“ rief jemand. Dann näherten sich einige Personen unserer Wachtstube. Es waren der Wachtkommandant, ein Oberleutnant, und ein paar Begleitente. Als der Offizier näher gekommen war, rief er dem Unteroffizier zu: „Holen Sie mal den Mann rein, der hier draußen liegt!“

Wir gingen dem Oberleutnant entgegen. Er sah furchtbar böse aus, schnauzte uns etwas an und führte uns dann zum Eingange, zu der Bank, auf der Hans, der Geisterlänger, bleich und starr lag. Sein Oberkörper hing etwas auf den Armstützen, der Kopf war hintenübergefallen, die Füße berührten steif den Boden. Das Gewehr lehnte an der Armstütze, die Arme waren steif gestreckt, die Hände zu Fäusten geballt. Man befahl ihn von allen Seiten. Der Unteroffizier rüttelte ihn, schrie ihn an, zerrte ihn in die Höhe — Hans war wie ein Leichnam.

„Was hat der Mann?“ fragte der Oberleutnant. Der Unteroffizier meinte, er habe vielleicht einen Herzschlag bekommen. Man horchte die Brust ab; nein, das war kein Toter, Hans lebte. Aber unbeweglich lag er da, kein Glied zeigte auch nur eine Spur von Leben. Inzwischen hatte man die Laterne von der Wachtstube geholt. Man leuchtete ihn sorgfältig ab. Verleht war er auch nicht. Wir alle standen vor einem Rätsel. Der Oberleutnant kniff ihn in den Oberschenkel, zapfte ihn am Ohr, rüttelte ihn wie einen Pflaumenbaum mit reifen Früchten. Der Körper, der da vor uns lag, reagierte auch nicht im mindesten darauf.

Da ging dem Oberleutnant ein Licht auf: „Der Mann ist Epileptiker, der hat Krämpfe! Hat man schon einmal etwas davon gemerkt?“

Diese Frage brachte meine Gedanken, die durch die jähe Störung etwas durcheinander geraten waren, wieder in Ordnung und ließ mich den Vorfall in einem anderen Lichte sehen. Natürlich schwieg ich.

Keiner konnte etwas darüber sagen, ob Hans an Krämpfen leide.

„Ober der Kerl marriert!“ rief der Oberleutnant. „Das heißt: dann würde ich ihn aber vom Fleck weg einsperren lassen!“ Wir standen ratlos umher.

„Glauben Sie, daß der Kerl da fähig ist, solch ein Ding zu marrieren? so zu simulieren?“ fragte er den Unteroffizier.

Der Unteroffizier hatte den Kopf ganz und gar verloren. Eine Angst vor all den Weiterungen, die da kommen konnten, hatte ihn gepackt, so daß er nicht ein und aus wußte. Er stotterte und schwatzte dummes Zeug und tat ganz aufgeregt.

„Sie sind mir ein schöner Wachthabender! Wissen Sie noch, ob Sie ein Männchen oder ein Weibchen sind? He?“

„Jawohl, Herr Oberleutnant!“

„Was sind Sie denn? Ein Männchen oder ein Weibchen?“

„Ein Männchen, Herr Oberleutnant!“

„Wichtig, ein Männchen sind Sie! Wissen Sie noch, daß Sie Wachthabender auf Schichtstand II sind?“

„Jawohl, Herr Oberleutnant!“

„So! Na, das ist schon allerlei. Dann wissen Sie vielleicht auch, was ich Sie gefragt habe: Ob diesem Kerl dort zugutruhen ist, daß er hier die Krämpfe markiert, daß er also gar keine Krämpfe hat, sondern nur so tut?“

„Jawohl, Herr Oberleutnant!“

„So? Sie meinen also, daß dieser Mann ganz gesund ist und mich hier zum Narren hält?“

„Nein, Herr Oberleutnant!“

„Sie sind ein — Staatskerl! Sie sollten Vorfänger in der Garnisonkirche werden, dazu paßten Sie vielleicht, zum Wachthabenden taugen Sie nicht! Verstanden?“

„Jawohl, Herr Oberleutnant!“

„So, nun fassen Sie mal den Mann und tragen Sie ihn in die Wachtstube; da wollen wir uns ihn mal bei Licht etwas genauer ansehen.“ befahl der Oberleutnant.

Hans wurde von vier Leuten gepackt und in die Wachtstube getragen. Ich nahm sein Gewehr und folgte langsam. Drinnen legten sie ihn auf die Britsche. Der Oberleutnant sah ihn ein Weilchen scharf an, dann ergriff er plötzlich den Wasserkrug und schüttete Hans einen kräftigen Guß ins Gesicht. „Anspitz ihm den Kopf auf!“ befahl er. Man tat es und der Oberleutnant goß den Rest des Wassers durch das flaffende Hemd auf die gottelhaarige Brust des bleichen, starren Hans. Wir alle verfolgten den Vorgang mit weitgeöffneten Augen. Aber der starre Hans rührte sich nicht. Eine Gipsfigur hätte sich nicht anders verhalten können. Erst nach einer halben oder ganzen Minute feuerte er dumpf, zugleich fuhr ein Aua durch die Arme, die sich noch mehr strafften und dann langsam an Spannung verloren.

Dann wandte sich der Oberleutnant ab, trat näher an die Lampe heran und notierte sich etwas. Er befahl dem Unteroffizier, nach Ablösung für den Erkrankten zu telefonieren und ging dann ohne Gruß fort.

Ich bezog den leeren Posten. Draußen jangen die Drosseln dem neuen Tage entgegen, der bleich hinter den dunkeln Nickerwäldern heraufdämmerte. Ich nahm mein Gewehr unter den Arm und schlenderte durch das Gehölz, hörte die Hähne in der Ferne krähen, hin und wieder einen Hund anschlagen und ließ die herbe Morgenfrische meinen heißen Kopf und die übernachteten Augen kühlen.

Als ich nach der Ablösung zur Wachtstube zurückkam, sah Hans halb aufgerichtet und mit dem Rücken gegen die Wand gelehnt auf der Britsche. Er sah stumpfsinnig vor sich hin und nahm keine Notiz von mir. Ich fragte ihn nach seinem Befinden, erhielt aber keine Antwort, nur ein weisfremder, schwermütiger Blick traf mich.

Aus F. Engels Briefen an Joh. Ph. Becker.

122 Argentis Park Road N.W., London, 12. Decbr. 1878.
Lieber Alter!

Es thut uns Allen sehr leid zu hören, daß es Dir so schlecht geht und ich habe, um Dir wenigstens gleich eine Hilfe zu schaffen, eine Postanweisung für zwei Pfd. St. für Dich herausgenommen, was nach hiesiger Angabe Dir dort mit 50,40 Fr. ausbezahlt werden sollte. Ich bin instruiert, die Anweisung hier zu behalten, da Du von der Schweizer Post in Basel eine Anweisung zugehen würdest, falls dies also nicht geschieht, so reklamire. Ich werde sehen, Dir nächstens noch einiges Geld aufzutreiben.

Es wird nach allen meinen Erfahrungen so gut wie unmöglich sein, Dir hiesige Agenturen zu verschaffen. Seit beinahe zehn Jahren aus dem Geschäft, habe ich alle meine kommerziellen Verbindungen allmählich von selbst einschlafen lassen; wenn man nichts mehr zu schaffen hat, interessiert man die Herren eben nicht mehr. Indes will ich doch sehen, ob ich nicht hier oder da anknöpfen kann, Ausschichten aber kann ich Dir vorläufig keine machen.

Was übrigens den Précurseur angeht, so würde ich an Deiner Stelle, wenn das Blatt sich nicht selbst zahlt, keinen Sou dafür ausgeben. Ich sehe nicht ein, warum Du Dich opfern sollst für die Genfer Arbeiter und ihre Genfer Lokalpolitik. Wenn sie ein Blatt haben wollen, so mögen sie auch selbst dafür zahlen. Es ist wahrhaftig schon genug, daß Du die Mühe und Arbeit davon hast. Nach all den Opfern, die Du gebracht, hast Du wahrhaftig das Recht, die Leute zusammen zu berufen und ihnen zu erklären, Du könntest nicht weiter zahlen, wenn sie also das Blatt erhalten wünschten, sollten sie selbst die Mittel dafür herbeischaffen.

Es wird heute hierher telegraphiert, der Bundesrat wolle des edlen Guillaume „Avant-garde“ unterdrücken.¹⁴⁾ Ich weiß nicht, ob das so angeht, wenn aber auf diese oder jene Weise das letzte bakunistische Organ verschwände, so könnte auch der Précurseur, falls die Genfer nicht die Mittel dazu aufbringen wollen, umso eher eingehen.

Vorkheim liegt noch immer in Hastings an der Seeküste, linksseitig gelähmt und wird, wenn überhaupt, nur sehr langsam besser. Er scheint sonst ziemlich fidel zu sein und schreibt von Zeit zu Zeit.

Den Dühring haben mir die Breusen jetzt glücklich auch verschoben. Es darf nichts mehr in Deutschland verkauft werden, was gegen sozialistisch thurende Krakeeler gerichtet ist. So sind alle gegen die Bakunisten gerichteten Schriften, von mir usw. verboten worden. Anarchistische und Dühring'sche Klängelei, rothnet Bismarck, sollen den Zusammenhang unserer Leute lockern und das herbeiführen, wonach er sich vor Allen sehnt — einen Putzverfuch, damit er sich sehen kann. Trotz alledem benehmen sich unsere Arbeiter in Deutschland ganz famos und ich hoffe, das ganze Deutsche Reich wird an ihnen zu Schanden. Das aber erreicht Herr Bismarck: Wenn der Tanz in Russland losgeht — und das dauert nicht lange mehr — wird die Sache auch in Deutschland so ziemlich reif sein.

Beste Grüße von Marx und seiner Frau, mit Hoffnung auf baldige bessere Nachrichten von Dir.

Von Deinem alten

F. E.

London, 30. Jan. 1879.

Lieber Alter!

Es bedurfte kaum Deiner Postkarte, damit ich mich in Deinem Interesse in Bewegung setzte. Von einem Freund in Manchester erhielt ich ein Pfund zur Verwendung für die Opfer des Sozialisten-gesetzes. Ich kann es nicht besser verwenden als für Dich und füge noch ein zweites hinzu, wofür Du fr. 50,40 von Basel aus angewiesen erhalten solltest und zwar wohl schon den Tag nach Empfang dieses. Der Schein ist in meiner Hand. Was später mehr gesehen kann, wird auch gesehen.

Mit Agenturen ist es Nichts. Das Geschäft ist hier faulschlecht, und kein Mensch will sich auf irgend etwas einlassen.

¹⁴⁾ Ein Tertium. Der eigentliche Redakteur der Zeitschrift war der zukünftige Führer der französischen Volkskisten, Broussé. Die letzte Nummer erschien am 2. Dezember 1878. Die Unterdrückung der Zeitung wurde vom Bundesrat am 10. Dezember 1878 beschlossen. Den Anlaß gab ein Artikel, in dem die politischen Attentäter verberichtet wurden. Nur die sozialdemokratische Presse protestierte gegen diesen Willkürakt. Broussé wurde am 18. April 1879 zu zwei Monaten Gefängnis und zehn Jahren Verbannung verurteilt.

So ließ ich ihn in Ruhe. Als dann der Kaffee kam, nötigten wir Hans zu trinken. Er tat es auch, versank aber gleich wieder in seine Melancholie.

Wegen acht Uhr kamen einige Leute, von denen einer zur Abklärung bei uns blieb, die anderen geleiteten Hans zur Kaserne zurück. Er ging langsam und ohne auf- und umzublicken mit ihnen. Als er fort war, redeten wir über den Vorfall, aber alle ganz ernsthaft und geseht, denn Hans war unser lieber Freund und keiner mochte ihm etwas zu Leide sagen. Wir alle, die wir ihn gut kannten, hatten die gleiche Meinung über seine Krämpfe, aber keiner ließ sich das anmerken und jeder boeilte sich. Sonderlichkeiten an seinem ganzen Wesen zu entdecken. Der eine wußte, daß er viel im Schlaf rede, der andere hatte bemerkt, da er zuweilen wie geistesabwesend sei, der dritte wußte dies und der vierte das.

Nicht oder zehn Tage blieb Hans im Lazareth unter Beobachtung, doch wiederholten sich die Krämpfe nicht mehr. Als er dann zur Kompagnie zurückkam, war er munter und wohltauf, wieder der Lebendigsten einer, wie er das immer gewesen war.

Der Vorfall lag schon einen Monat oder mehr zurück, da waren wir einmal beide allein zum Aufstellen von Gefechtszielen im Gelände. „Du, Hans“, sagte ich zu ihm, „das war damals aber doch eine verflucht gefährliche Geschichte mit Deinen Krämpfen!“

Er biß auf seine Schnigpfeife, ließ sie ein wenig auf und nieder-tangen und sagte dann: „Was kann ich anners dhann? De Arzt harr mi all seihn, dat id op de Bank liggen de! Wäre id op-örungen, denn harr bei mi firweg insparzt. Da dacht id: nu bliv man liggen; dat mull'n wi ers mal seihn, ob de di munter krieg'n kann. Nu jo! Nu 'iging jo of ganz gaud!“

Dabei verzog er sein langes lebernes Gesicht zu einem urfidelen Grinsen.

Die „Umfrage“ über den „Luxus“.

Wenn einem Redakteur für irgendeine Festnummer durchaus nichts mehr einfällt, wenn ihn seine „Kanonen“ in herkömmlicher Weise entweder im Stich gelassen oder mit hingefedelten Verlegenheiten abgegründet haben, so greift er mutig und entschlossen zum letzten Mittel und macht eine „Umfrage“. Das heißt: er knobelt unter Aufpöckerung zweier durchgehafter Federhalter eine Frage aus, die bei gewissenhafter Behandlung, ein zweibändiges wissenschaftliches Werk erfordern würde, und schickt sie durchgepöckelt an fünfzig der bewährtesten Leute, die „in Vordergarde des Interesses leben“.

Was den Précurseur angeht, so würde ich an Deiner Stelle den Leuten in Genf ein für alle Mal erklären, ich sei nicht in der Lage, irgend welche Ausgaben für das Blatt zu machen. Es ist eine wahre Schande, nicht nur, daß Du all die Mühe und Arbeit umsonst übernimmst, auch noch Kosten sollst Du aufbringen. Aber so sind die Genfer immer gewesen. Seit Calbins Gnadenwahl haben sie sich immer als ein außerwähltes Völkchen betrachtet, dem die gebrechenen Tugenden ins Maul fliegen müssen. So bei der Egalité¹⁵⁾, wo kein auch Arbeit und Geld finden mußte. So beim großen Maurerstreik, wo die Internationale das Geld beschaffen mußte, aber wenn anders wo Steife war, konnte sie in Genf vergebens anknöpfen.

Sehr amüsiert hat uns die Nachricht, daß der große Guillaume sich als Achilles tollend in sein Zeit zurückgezogen hat.¹⁶⁾ So mußte es kommen. Die Anarchisten waren eben ihres Namens nicht würdig, solange nicht Anarchie unter ihnen selbst ausbrach. Guillaume war doch noch der Nachfolger des großen Bakunin — aber daß ein Lausbub wie der Broussé die Welt aus den Angeln heben will — das ist doch gar zu possierlich.

Hier gibt jetzt Rost für den kommunistischen Arbeiterverein ein Blättchen heraus: Freiheit, das soweit guten Absatz findet. Wir wünschen ihm alles Gedeihen, haben aber selbstredend weiter nichts damit zu thun und keinerlei Verantwortlichkeit für den Inhalt.

Hebrigens geht in Deutschland auch abwärts auf der schiefen Ebene. Arschsprügel für den Reichstag, das ist das Neueste und Beste. Nur so voran und dazu immer mehr Steuern und der brave Bismarck kann noch etwas erleben an seinen Kleinbürgern, die ohnehin rosch genug zum Teufel gehn. Uns kann, abgesehen von den unermesslichen Leiden, die dabei auf Einzelne fallen — im Ganzen nichts Mitleidlicheres passieren als was jetzt geschieht. Was Bismarck u. s. B. soles anthun konnte, hat er gethan, was er jetzt thut, trifft unsere Gegner, die fortschrittlichen Kleinbürger und mit der Zeit auch die liberalen Großbürger.

Also nur voran! Und daneben gehen die Sachen in Russland famos voran, und das ist die Hauptsache. Kracht's da, so kann auch Wilhelm sein Bündel schnüren.

Dein F. E.

London, 1. Juli 1879.

Lieber Alter!

Das neue halbe Jahr bringt mir Geld und so berufe ich mich, Dir anzudeuten, daß ich Dir per Postanweisung vier Pfund Sterling gleich hundert Franken 80 Cent. geschickt habe, die Du wohl gleich nach Empfang dieses erhalten wirst. Hoffentlich wird dies genügen, um in Deinem chronischen Fehd wenigstens eine kleine Unterbrechung zu machen. Ich wollte, wir könnten mehr thun als so gelegentlich eingreifen, aber Du weißt, die letzten Zeitläufte haben die Ansprüche nach allen Richtungen gesteigert.

Die unzeitige Sanftmuth Liebtnechts im Reichstag hat im romanischen Europa begreiflicher Weise sehr unangenehm gewirkt und ist auch unter den Deutschen überall unangenehm empfunden worden.¹⁷⁾ Wir haben dies auch sofort brieflich ausgesprochen. Die alte gemüthliche Brummelagitation mit 6 Wochen bis 6 Monaten gelegentlichen Brummens ist ein für alle Mal für Deutschland zu Ende. Wie auch der jetzige Zustand sein Ende erreichen möge, die neue Bewegung beginnt auf mehr oder weniger revolutionärer Grundlage und muß daher auch einen viel resoluteren Charakter haben als die verflottene erste Bewegungsperiode. Man wird die Phraze von der friedlichen Erreichung des Ziels entweder nicht mehr nötig haben oder doch nicht mehr ernsthaft nehmen. Indem Bismarck diese Phraze unmöglich machte und die Bewegung in die revolutionäre Richtung warf, hat er uns einen enormen Dienst getan, der das Böschchen Schaden durch Agitationsstörung mehr als überwiegt.

Andererseits hat dies zahme Auftreten im Reichstag die Folge gehabt, daß sich die Resolutionspropheten jetzt wieder dagegen in die Brust werfen und durch Mängelien und Intriquen die Partei desorganisieren wollen. Das Centrum dieser Umtriebe ist der hiesige Arbeiterverein. . . Die Leute hier haben seit Behebung der Bewegung in Deutschland alle die Bedeutung verloren, die sie 1840—1860 noch besaßen und sehr jetzt eine Gelegenheit, sich an die Spitze zu drängen. Der junge Weber, ein gewisser Kaufmann und andere haben schon in den letzten Jahren sich wenigstens scheinbar als Centralkomitee der europäisch-amerikanischen Arbeiterbewegung konstituiert, sind aber von der gottlosen Welt stets hartnäckig ignoriert worden.

¹⁵⁾ Das bekannte Organ der Internationale in Genf.

¹⁶⁾ Guillaume verließ die Schweiz schon im Mai 1878.

¹⁷⁾ Diese Rede, in der Liebtnecht stark den friedlichen und geseglichen Charakter der sozialdemokratischen Propaganda unterstrich.

Wita Nielsen und Friedrich Naumann, der preisgekrönte Ringkämpfer, und der nur schwer zu vermeidende Richard Strauß ver-gapfen dann zwischen Frühstück und Mittag eine epochale Antwort, und der Redakteur hat seine vier bis sechs Spalten ebenso billig wie blödsinnig gefüllt. — Auf diese Weise hat die Wiener „Zeit“ im Handumdrehen die soziale Frage „Der Luxus von heute und seine Ueberreizungen“ gelöst. Man ersieht bis ins Mark über den kindischen Idiotismus, mit dem da ernst zu nehmende Menschen und kluge „Berühmtheiten“ sich mit einem Problem „auseinandersetzen“. Die anmaßende Oberflächlichkeit schließt immer mehr ins Kraut, und mehr als je drängt sich der Gedanke an eine Götendämmerung der überreizten und überfüllten Vornierheit auf.

Der Luxus, so urteilen im großen und ganzen die Vertreter der überheblichen Beschränktheit, ist eine ästhetisch sehr schöne Notwendigkeit der „Weltordnung“. Er ist eins der Bestile des „sozialen Ausgleichs“. Es fallen dann natürlich noch die sattem bekannten Schiefheiten, daß der Luxus gerade „Tausenden von Arbeitern Brot gäbe“. Ein Herr von Witkovich ahnt wohl, undäckersten Gemüths, daß eine radikale Verringerung vorhandener Schäden ohne Einschränkung großer Reformatoren, erschütternder Ereignisse, gewaltiger Katastrophen nicht zu denken ist, aber dafür versichert eine L. u. L. Kammerfängerin, es sei „nach dieser Richtung hin noch lange nicht so weit, um uns schon Gedanken an ein katastrophales Ende machen zu müssen“.

Ein Professor Lorenz aber vertheilt sich zu gemeinem Hohn auf alle Armut in der Welt durch die nationalökonomische Weisheit: „Luxus ist eine notwendige Funktion des Reichtums und einer der Kanäle des sozialen Ausgleichs. Er ist eine Selbstbestenerkung, die sich der Reichtum bewußt oder unbewußt zum Nutzen der Allgemeinheit aufopfert. Daher erscheint mit jede staatliche Luxussteuer antisozial, also absurd.“

In dieser Tonart geht es weiter; und mit aufrichtigem Schmerz sieht man neben den eifigen Anhängern, welche die reich-gemordene Rentoppeuse Wita Nielsen neben einem selbsthätigen Infanten von Spanien, Prinz Louis Ferdinand von Orleans, von sich gibt, auch den Raler Hans Thoma etwas kindlich-idealistisches schreiben. Bedauerlich ist auch, wenn sogar Ernst v. Wolzogen, dessen lustige Freizeitschrift und temperamenovoll-ironischen Erzählungen nicht zum Schlechtesten gehören, sich in dem gutgemeinten Kampf gegen den hohen Reichtum so verwirrt, daß er meint: „Das demokratische Prinzip „alles für alle“ hebt an sich schon die Möglichkeit eines vornehmen, kulturfördernden Luxus auf, denn das Wesen eines solchen besteht eben darin, daß er ein notwendiger Reiz

Jetzt soll nun mit Gewalt durchgesetzt werden und an Rost haben sie einen Bundesgenossen gefunden. In der Freiheit wird Revolution schwaedroniert auf Nord und Brand, was natürlich für den guten Rost ein ganz neues Vergnügen ist, das er sich früher nie erlauben konnte. Dabei die Reichstagsgeschichte kolossal übertrieben und zum Vorwand genommen, die Partei zu sprengen, und eine neue Partei zu stiften. Das ist Ausbeutung der in Deutschland herrschenden Zwangslage und Maulsperrre zum Besten einiger Hohlköpfe, deren Ehrgeiz im merkwürdigen Mißverhältnis zu ihren Fähigkeiten steht, und wenn, wie wir hören, Rost verbreitet hat, wie ständen hinter ihnen, so läßt er.¹⁸⁾ Er hat sich seit Anfang dieser Rolle nicht mehr sehen lassen. Es ist au fond gut, daß er sich so demaskiert und sich dadurch für später in Deutschland das Terrain verdirbt, er ist nicht ohne Talent, aber greulich eitel, unabsichtlich und ehrgeizig, und so ist es besser, er blamirt sich. Uebrigens wird die Freiheit wohl nicht sehr lange mehr leben und dann schläft das Alles wieder hübsch ein.

Herzlichen Gruß von Marx und Deinem

F. E.

Des Reichspießbürgers hohe Wonne.

Die Germanen sollen diesen Namen ihren wuchtigen Speeren verdanken. Dieser Speer verwandelte sich im Laufe der Zeiten bei denen, die sich mit ihrem Gernamentum brüsten, in den Spieß, der von Bürger zu Bürger ging, auf daß er mit diesem Instrument bei Nacht die Stadt behüte. Er trat indeß in Wirklichkeit sehr selten in Aktion, denn der Bürger mit dem Spieß zeichnete sich im allgemeinen nicht durch übermäßige Tapferkeit aus. Der Spieß ist nun allgemach verschwunden, aber der Spießbürger ist uns geblieben; er hat auch die Vereinigung der deutschen Lande zu einem mächtigen Reich überdauert und sich nur zum Reichspießbürger gewandelt. Er ist noch weit verbreitet und in wahren Brodtergenplätzen vertreten, dieser eugherzige Mensch mit dem beschränkten Horizont und der knechtischen Demut nach oben, gepaart mit herrlichem Hochmut nach unten, und in beständiger Furcht vor dem Verlust seiner kleinlichen Güter, die ihm in Ermangelung höherer alles sind. Er fürchtet zwar heutzutage weniger, daß sie von berufsmäßigen Räubern bedroht seien wie ehemals, sondern von der Sozialdemokratie. Darum fürchtet und haßt er die Sozialdemokratie, wie seine seligen Vorfahren die Räuber haßten und fürchteten. Darum freut sich der Reichspießbürger auch so unendlich, wenn mal ein paar Sozialdemokraten erwischt und wie Räuber eingesperrt werden, mögen sie auch nur seine „monarchischen Gefühle“ beleidigt haben. Durch die draconische Bestrafung der Räuber, die das Kaiser-Friedrich-Denkmal nach ihrer Passion angegriffen hatten, ist dem Spießbürger die höchste Befriedigung zuteil geworden. Demen muß es angekreidelt werden, die Ehre der Ehre der Reichspießbürger, und die Gerechtigkeit fand Gehör, die Justitia betrachtete den Streich nicht durch die Binde, sondern sah sich die Tat genau an und verdonnerte sie zu Strafen, wofür sie sich auch einen kleinen Raubanzahl hätten leisten können.

Durch das Charlottenburger Urteil ist sogar die Kränkung der Spießbürger über die vorläufig absehnende Haltung der Staatsanwaltschaft gegenüber den beim Kaiserhoch sitzengebliebenen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten einigermaßen weitgemacht.

Aber die höchste Wonne hat es allen monarchischen Spießern doch bereitet, als ihr Kaiser und sein Marineminister Tirpitz jetzt bei der Kaiserregatta in Grünau je ein Bißchen zu machen geruhten, ein ganz mäßiges nur, aber, aus hohem und höchstem Grunde kommend, geht es durch die ganze byzantinische Presse und bei den Byzantinern von Mund zu Mund. Herr v. Tirpitz soll zu einem akademischen Ruderer aus Berncastel gefogt haben; „Dann sind Sie also ein richtiger Berncastler Doctor“, und S. W. soll hinzugefügt haben: „Ich rate Ihnen aber, im Training von dieser Marke nicht zuviel zu genießen.“ Infolge dieser „Leutlichkeit“ und „Wichtigkeit“ der hohen Herrschaften schwammen die beglückten Ruderer in eitel Wonne, und ihre Gefinnungsgenossen erstehen in Demut ob solcher Herablassung und Geistesdichte.

Die hohen Herrschaften mögen also vorsichtig sein mit ihren Aeußerungen und die Gerichte nicht minder mit ihren Urteilsprüchen, damit die Reichspießbürger nicht vor lauter Freude wirklich in Wonne zerfließen und tatsächlich sterben. Das wäre die einzige Möglichkeit, daß diese Menschenpezies in Deutschland ausstieret.

¹⁸⁾ Vergl. Bebel's Memoiren, 3. Teil, S. 44—47, 50—52. Bebel zitiert einen Brief, den Rost an einen Züricher Genossen geschickt hatte und in dem er schreibt, daß Engels und Marx mit ihm einverstanden seien.

nur für die Auserwählten, für die Masse aber ein ferngerückter Gegenstand der Sehnsucht sei.“ —

Ein ernsthafter und gerechter Verstand kann zu gar keinem andern Resultat kommen, als daß die Willkür, die jetzt von Wenigen in zum Teil geradezu sinnlosem Luxus vergeudet werden, allen einen gemäßigten Lebensgenuß gestatten würden. Und daß deshalb wahrhaft überragenden, die Menschheit überbenden Persönlichkeiten, seien es Künstler, Erfinder, Gelehrte oder was auch immer, trotzdem noch eine über das Mittel hinausgehende Lebensbequemlichkeit genöthigt werden könnte.

Hüben und drüben.

Chem, verehrte Zeitgenossen,

In Frankreich wird sich nicht geniert! Man liebt dort drüben keine Poffen, weil man sich gerne selbst registriert. Kaum tut sich etwas allzu dicke Poincaré durch Herrn Ribot, packt ihn die Kammer im Genide Und klatscht ihm unsanft den Popo!

Bei uns erschöpft sich in „Enqueten“ Ein Reichstag, der nur quasseln kann; Er quengelt zaghaft an Däuten, Und er bewilligt „jeden Mann“. Und falls er wirklich mal ein Votum Des mangelnden Vertrauens fällt, So sinkt er hinterher wie tot um, Wenn Bethmann wild vom Sessel schnell.

Behaglich liest von Frankreichs Kammer Die Tat der deutsche Bureaufrat, Und lächelt still und sagt: „Was ha'm mer Doch hierzuland für'n schönen Staat! Ist das, was wir so von uns geben, Auch noch so unverschämt und dumm — Wir können fünfzig Jahre leben! Uns schmeißt kein Parlamente um!“

Verbands-Generalversammlung in Groß-Berlin.

Wesern lagte die ordentliche Generalversammlung des Verbandes der Sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend in Ostiges Festhalten, Kopenstraße. Sie wurde um 9 1/2 Uhr eröffnet. — Den

Geschäftsbericht des Vorstandes

erhielt

Eugen Ernst: Mit freudiger Genugung können die Kreiswahlvereine auf eine 25jährige Tätigkeit zurückblicken. Damals war es ein kleines Häuflein, das sich in der Organisation zusammenschloß. Heute sind im Verband circa 117 000 Mitglieder organisiert.

Am Berichtsjahr war eine der Hauptaufgaben die Vorbereitung und Durchführung der Landtagswahlen. Trotz des jähen Rückganges konnten einige Erfolge erzielt werden. Zwar sind durch die Eroberung von Schöneberg-Neukölln und Niederbarnim-Cberbarnim die Mandate von 5 auf 9 gestiegen. Aber das entspricht durchaus nicht der Stimmengahl, die in erfreulicher Höhe gewachsen ist. Die Zahl der Wahlberechtigten betrug 1908 482 560, 1912 498 368, nahm also um 16 000 zu. Unsere Stimmengahl war 1908 178 501, 1912 dagegen 345 505, ist mithin um rund 167 000 gewachsen. Trotzdem genügt das Resultat uns durchaus nicht, weil wir nur wenige Bezirke in Berlin zählen konnten, in denen die Wahlbeteiligung nicht unter 50 Proz. geblieben ist. Ein Beweis für die empfindende Ungerechtigkeit des Wahlrechts liegt in der Tatsache, daß die Liberalen nur 11,67 Proz. der Stimmen, aber 7 Mandate, wir dagegen 71,59 Proz. der Stimmen und nur 5 Mandate in den 12 Berliner Wahlkreisen erhalten haben. Freilich müssen wir der Sammelstimme der bürgerlichen Parteien unsere größte Beachtung widmen. Nicht Abgeordnete, nicht Resolutionen werden uns ein neues, besseres Wahlrecht bringen, sondern nur eine kräftige Organisation kann den endlichen Sieg des freien Wahlrechts herbeiführen. Deshalb gilt es, die Organisation zu stärken.

Dem Kampfe gegen den dreifachen als je auftretenden Militarismus mit seinen Auswüchsen und verbreitenden Folgen gilt ein weiterer wichtiger Teil unserer Tätigkeit. In 60 Versammlungen wendete sich die Berliner Arbeitererschaft gegen die neue ungeheure Belastung und in 36 Versammlungen gegen den Wärschlagstrummel. Das Erfurter Säredendurteil und die Vorgänge in Javern bewiesen, wie wenig Deutschland ein Verfassungstaat ist. Wohl hat der Reichstagler ein Militärwesen erhalten, aber er blieb. Der Militarismus blieb dank des schmachvollen Unfalls der bürgerlichen Parteien Sieger. Deshalb die ungeheuerlichen Urteile der letzten Zeit gegen die Kritiker des Unrechts.

Während die Herrschenden keine Notizen, hing die Not der Arbeiterklasse auf das höchste. 83 000 Arbeitslose wurden im vergangenen Herbst gezählt. In bis bimonthliche Dauer der Arbeitslosigkeit ist nicht selten. Staat und Gewerbetreibenden unthätig. Die Berliner Arbeitererschaft legte in dieser Zeit ein schönes Zeichen von Hilfsbereitschaft ab. 265 000 M. wurden gesammelt und an die Arbeitslosen verteilt.

Aber, Parteigenossen! Der Arbeiterchaft werden nicht nur neue Lasten aufgebürdet, ihre Not wird schändlich bestritten, man will ihr auch ihre Rechte weiter beschneiden. Deshalb mühten wir uns gegen die wüste Ehe gegen das Koalitionsrecht wendend.

Bei dem mangelnden Muten der Arbeiterfeinde ist es erst recht nötig, trenn zur Organisation zu halten. Leider ist die Fluktuation noch sehr groß. Um hier vorzubeugen, muß der größte Wert nicht nur auf die Beitragsleistung gelegt, sondern auch der Ausgestaltung der Zahlende zu wirklichen Mitteln der Weiterbildung zugestrichelt werden.

Wenn die bürgerliche Presse von Massenflucht der Arbeiter aus der Partei faselt, dann ist es einfach Unsinn. Auf Grund der abgeführten Beiträge ist allerdings die Zahl um rund 1000 geringer als im Vorjahre, doch ist zu berücksichtigen, daß 36 000 Ausgeschiedenen, Verstorbenen, und Gestorbenen 30 000 Neuaufnahmen gegenüberstehen. Aber der Erfolg der roten Woche kommt bei unserer Berechnung eben nicht zur Geltung. Wir haben 15 635 neue Mitglieder und 10 002 Kompartisaubonnenen gewonnen. Sie zu überzeugten Anhängern zu machen, ist unsere wichtigste Aufgabe. An unserer Freude über den schönen Erfolg fiel als Keltou die Denkmalsbemalung. Wir behauern die Opfer eines unüberlegten Streiches auf das tiefste. Aus aber die Verantwortung anhängen zu wollen ist genau so, als wollten wir die Ermordung unseres obererischen Genossen Schummeier der christlichen Erziehungsarbeit in die Schuhe schieben.

Erfreuliches Interesse auch auf dem flachen Lande ist den Gemeindegemeinschaften entgegengebracht worden. In Berlin sind 2, in Teltow-Beeslow 17, in Niederbarnim 18 Mandate neu gewonnen worden. Die Frauenleseabende erfreuen sich noch wie vor eines guten Besuchs, und wir sind bemüht, für einen weiteren Ausbau zu sorgen. Am 16. November wurde eine von 257 Genossinnen besuchte Frauenkonferenz abgehalten, die den Beweis lieferte für das lebhafteste Interesse, das die Frauen den dort erörterten Fragen entgegenbringen. Die 46 Versammlungen vom 8. März wurden besonders infolge des wirksamen Eingreifens unseres Polizeipräsidenten ganz besonders gut besucht.

Auch auf allen sonstigen Gebieten ist eine überaus lebhaft und erfolgreiche Tätigkeit entwickelt worden. Wir sind jedoch nicht eine Partei der faulen Beschaulichkeit, sondern des Kampfes, und müssen an die Arbeiterchaft appellieren, mehr noch als bisher ihre Pflicht zu erfüllen.

Infolge des durch Krankheit behinderten Genossen Böste erstattete Eugen Ernst auch gleich den Kassenericht. Die Einnahmen betragen einschließlich 74 577 M. Kassendefizit 506 793 M. Die Ausgaben beliefen sich auf 381 071 M. und demnach verblieb ein Kassendefizit von 125 722 M. Demnach sind auch die Einnahmen nicht gestiegen, die Ausgaben jedoch ganz erheblich. Aus diesem Grund konnten auch nur 105 000 M. an den Parteivorstand abgeführt werden.

Ramens der Revisoren beantragte D o b r o s l a w Entlohnung für den Kassierer.

Diskussion über den Geschäftsbericht.

Julian Borchardt: In der Generalversammlung von Teltow-Beeslow vor acht Tagen hat Genosse Ernst eine Erklärung abgegeben, über deren prinzipielle Bedeutung wir uns klar werden müssen. Ernst sagte, als der dritte Wahlkreis den Ausschlag gegen mich beantragt hatte, habe es der Parteivorstand für selbstverständlich gehalten, daß ich nicht mehr als Redner und Lehrer in der Partei beschäftigt werden dürfe, bis das Verfahren gegen mich entschieden sei. So werde immer verfahren, sagte Genosse Ernst. Ich meine, wenn das die allgemeine Praxis ist, müssen schwere Schädigungen der Betroffenen sowie der Partei eintreten. Das Verhalten des Parteivorstandes steht auch nicht im Einklang mit dem Organisationsstatut der Partei. — In meinem Falle verging ein ganzes Jahr, ehe ein Urteil gefällt wurde. Das Urteil ist im Geschäftsbericht veröffentlicht, aber es ist ein faibles Urteil. Am 24. März wurde das Urteil des Schiedsgerichts festgestellt, sechs Wochen drückte der Vorsitzende des Schiedsgerichts, Genosse Sindermann, zur Aufklärung des Urteils, und als er es dem Parteivorstand übergab, stellte es sich heraus, daß es nicht richtig abgefaßt war. Am 8. Juni erfolgte dann die richtige Feststellung des Urteils. Es geht dahin, daß der Ausschlußantrag einstimmig abgelehnt und die Klage mit 4 gegen 5 Stimmen beschloffen wurde. Also ich bin ein ganzes Jahr boykottiert worden. Ich bitte Sie, zu beschließen, daß das Verhalten des Parteivorstandes hinsichtlich meiner Boykottierung den Parteigrundsätzen nicht entspricht.

Ein Antrag, die Angelegenheit Borchardt nicht beim Geschäftsbericht, sondern bei dem nachfolgenden, auf diese Angelegenheit

bezüglichen Antrag Teltow-Beeslow zu behandeln, wird einstimmig angenommen.

Stadhagen: Auf Seite 33 des Geschäftsberichts ist eine Bemerkung enthalten, die nicht zutrifft. Ich hatte in der Generalversammlung am 15. Juni auf den Rückgang der Abonnementzahl des „Vorwärts“ hingewiesen und gesagt, es solle untersucht werden, auf welche Ursachen das zurückzuführen sei, ob Mängel im Verlag, in der Expedition vorhanden seien, und als mir zugehört wurde: „auch in der Redaktion“, ging ich auf diesen Punkt ein und bemerkte, daß ein gewisser Zug nach rechts in der Redaktion auch zu dem Rückgang beigetragen haben könne. Der Geschäftsbericht sagt nun in bezug auf diese meine Bemerkung: „Es fand sich jedoch kein Inhalt, der die aufgestellten Behauptungen rechtfertigte.“ Das soll nach Angabe des Geschäftsberichts in zwei Sitzungen der Wahlvereinsvorstände und in der Verbandsgeneralversammlung am 8. August festgestellt worden sein. — Das ist nicht wahr. Nichts ist in dieser Hinsicht festgestellt. Auch im Bericht der Prekominmission steht diese unwahre Behauptung wieder, der ich auf das Entschiedenste widersprechen muß. Es ist eine Kommission eingesetzt worden, welche den Ursachen des Abonnementrückganges nachgehen sollte. Sie hat sich mit Dingen beschäftigt, die nicht zu ihren Aufgaben gehören. So empfiehlt sie die Anstellung eines Chefredakteurs, während sich die Redaktion einstimmig dagegen erklärt hat. Auch eine Erhöhung des Abonnementspreises empfiehlt die Kommission, während die Genossen im Interesse der Verbreitung des „Vorwärts“ ein Wochenabonnement zu 25 Pf. verlangen. Wenn wir Abonnenten gewinnen wollen, müssen wir uns darauf besinnen, daß wir eine demokratische Kampfpartei sind und von diesem Gesichtspunkt unsere Parteiarbeit betreiben. Da ist im letzten „Mitteilungsblatt“ ein Artikel enthalten, auf den ich eingehen muß. Dieser Artikel ist weit entfernt von einer sachlichen Kritik. Er enthält persönliche Spizen gegen mich. Das „Mitteilungsblatt“ soll der Aufklärung und Belehrung der neu gewonnenen Genossen dienen. Dieser Artikel aber erfüllt diese Aufgabe nicht. Er verhindert die Kritik. Die Spizen, die er gegen mich enthält, entstehen jeder Begründung. Es ist dringend notwendig, daß in Berlin nach dem von mir vertretenen Grundsatz „von unten auf“ gearbeitet wird. Genoss müssen wir — wie Genosse Singer in der ersten Generalversammlung des Verbandes sagte — Delegationen haben, aber der Wille der Massen muß zum Ausdruck kommen. Die Massen der Parteigenossen Parteivorstand darin zu, wenn er sagt, wir müssen vorwärts drängen. Aber sehr viele Genossen sind überzeugt, daß der Parteivorstand diese Devise nicht in die Tat umsetzt, sondern eher hinderns gewirkt hat. Um mit Erfolg vorwärts zu drängen, ist es notwendig, daß unsere Organisation den Grundsätzen der Demokratie Rechnung trägt. Um die Organisation nach dieser Richtung auszubauen, brauchen wir nicht erst zu warten, bis uns der Parteivorstand eine Ertragsurteil brü. Solche Artikel, wie der im letzten Mitteilungsblatt, sind geeignet, den Genossen die Mitarbeit zu vereiteln. (Zustimmung.) Es ist hier gesprochen worden von dem Urteil gegen die, die das Denkmals in Charlottenburg angepinelt haben. Wir wäre es lieb gewesen, wenn von vornherein mit Entschiedenheit erklärt worden wäre: wer auch die Täter sein mögen, ob Parteigenossen oder nicht, es handelt sich um nichts, als um eine Tat des Uebermuts, wie sie jeder Lebensklugheit wohl einmal begangen hat. Soweit durfte der Parteivorstand nicht gehen, daß er annahm, Spiel hätten bei der Tat ihre Hände im Spiel gehabt. Das Urteil ist nicht deshalb so hart ausgefallen, weil das Denkmals bespinzelt wurde, sondern weil man glaubte, daß das Sozialdemokraten, die dadurch getroffen werden. — Was nun die Organisations- und Parteiarbeit betrifft, so muß betont werden: dem Instinkt des Massenbewusstseins, der nie täuscht, wenn es sich um große Ziele handelt, muß Rechnung getragen werden. Die Massen haben zu bestimmen, deshalb muß unsere Organisation demokratisch eingerichtet werden. Wieder keine Mängel in einer so gezielten Organisation, als die Beibehaltung der großen Mängel, welche unsere Organisation heut hat. (Beifall.)

Rosa Luxemburg: Genosse Ernst hat seine Unzufriedenheit darüber geäußert, daß der Drang der Massen zur Organisation nicht den Erwartungen entspricht, die wir an die Tatsache knüpfen, daß die Massen von den Herrschenden mit Skorpionen gepörscht werden. Wir müssen uns leider, anstatt einen frisch-fröhlichen Kampf zu führen, mit der Frage beschäftigen, wie wir dem Rückgang der Abonnementzahl des „Vorwärts“ und unserer Mitgliederzahlen entgegenwirken können. Worin liegen die Ursachen? Diese Frage ist beim Geschäftsbericht unerörtert geblieben. Die wirtschaftliche Depression ist sicher nicht ohne Einfluß geblieben. Aber es fragt sich, ob nicht die Art und Weise, wie wir den Kampf führen, geeignet ist, die Massen zu entmutigen. Doch darin gesündigt wurde, dafür haben wir ein klassisches Beispiel im Wahlrechtskampf. 1910 war er im schönsten Gange. Es folgten auf Versammlungen Straßen demonstrationen in immer gesteigelter Form. Aber gerade, als wir die glänzendste Demonstration erlebt hatten, erfolgte ein Wink. Wir sollten nach Hause gehen, denn die Reichstagswahlen mühten vorbereitet werden. Unser Sieg bei diesen Wahlen war erfreulich, aber im Wahlrechtskampf geschah zunächst weiter nichts, bis vor kurzem wieder einmal 17 Versammlungen stattfanden. Das Zentralorgan der deutschen Partei schrieb zwar, die zweite Etappe des Wahlrechtskampfes sei angebrochen, es gelte die Sturmfronten zu formieren, aber ich frage, ist das die zweite Etappe, was wir jetzt erleben? Es ist außerordentlich gefährlich, solch schmerzhafte Kampfanfänger zu blasen, wenn man es nicht ernst meint. E b e r t hat den Parteitag mit den Worten geschlossen: „Wir bekommen entweder das allgemeine Wahlrecht, oder es kommt der Massenstreik.“ Die gesamte internationale blühte voller Erwartung nach Deutschland. Überall glaubte man wirklich, die Aktion von 1910 werde von neuem ausbrechen. Aber die Enttäuschung war groß. Eine solche Taktik wirkt nicht ermutigend. Ein anderes Beispiel erlebten wir bei dem schmachvollen Massenurteil gegen die Denkmalsänderer. Wir sind alle einzig in der tiefsten Enttäuschung darüber. Es war aber falsch, zu schreiben: die Tat sei ein Werk von Ephelein. Wir konnten uns dagegen wenden, daß wir für die Tat verantwortlich gemacht werden, durften aber der bürgerlichen Presse nicht den Vorwand geben, ihre heuchlerische Enttäuschung mit unseren Argumenten zu fügen. Ich zweifle, ob man schon gegen das Urteil eine Protestaktion in die Wege geleitet hat. Genosse E r n s t hat auf der Generalversammlung von Teltow-Beeslow wohl gesagt, der Vorstand wolle mitmachen, wenn die Masse die Initiative ergreife. Dies Versprechen darf aber nur mit einem Körnchen Salz genossen werden. Das beweist der von Stadhagen schon herangezogene Artikel aus dem „Mitteilungsblatt“. Nicht unter den Kritikern sind die gefenngezeichneten Leute zu suchen, die allerdings nicht in die Partei gehörten, wenn es solche gäbe. Der Verfasser sollte sagen, wen er meint. Zu einer starken Organisation gehören nicht nur gefüllte Kassen, sondern auch ein zielbarer Kampfsinn. Bezüglich des Wahlrechtskampfes unterbreite ich Ihnen folgende

Resolution:

Die Erklärung des preussischen Polizeiministers am 18. Mai im Abgeordnetensaus, wie der ganze bisherige Verlauf des Wahlrechtskampfes hat klar bewiesen, daß einzig und allein der höchste Drang des Massenwillens, daß nur der Massenwille dem gleichen Wahlrecht in Preußen die Bahn zu brechen vermag. Jetzt hat die zweite Etappe der Wahlrechtsbewegung begonnen, die in Berlin wie in ganz Preußen mit steigender Macht weitergeführt werden muß. Die Verbandsgeneralversammlung fordert die Genossen und Genossinnen von Groß-Berlin auf, mit allen Kräften in Werkstätten, Zahlstaben, in allen Zusammenkünften dafür zu agitieren, daß der Wille und die Bereitschaft der Massen zur höchsten Nachbeteiligung in Preußen sobald wie möglich zur Tat wird.

(Stürmischer Beifall.)

Düwel: Der Vorstand sagt: Wir hindern die Genossen nicht, Aktionen zu unternehmen. Damit wird den Genossen der Vorwurf gemacht, sie täten nichts. So, das können sie gar nicht, denn

sie werden erstickt durch den Organisationsapparat. Wir erwarten, daß die Leitung die Initiative ergreift und nicht wartet, bis die Initiative aus den Massen kommt. Wenn aber aus den Massen eine Aktion geplant wird, dann kann es der Parteivorstand hindern. Er hat eine von den Reußländer Genossen beauftragte Protestversammlung, wo Genossin Luxemburg über ihre Beurteilung sprechen sollte, verboten, weil die Versammlung am Sonntag der roten Woche stattfinden sollte und der Vorstand glaubte, durch die Versammlung würde die Arbeit der roten Woche gestört. So verhindert man Aktionen aus den Kreisen der Mitglieder. In anderen Fällen scheitern Anregungen von unten an dem Intransigenz, der ihnen vorgeschrieben wird. Daraus ergibt sich, daß eine Veränderung unserer Organisation notwendig ist. Wer die Massen zu Aktionen auffordert, der wird verdächtigt als ein Unschmeichler der Massen. Dadurch werden die Massen selbst beleidigt. Seinen bürokratischen Geist hat der Parteivorstand auch durch seine Veröffentlichung bezüglich der Denkmalsanpinelung befehle. Anstatt sie als dummen Streich hinzustellen, hat der Vorstand eine große Staatsaktion daraus gemacht. Das Resultat dieser Bemühungen liegt jetzt vor. Der Redner wendet sich zur Reorganisationsfrage und führt aus, dieselbe sei durch die Reorganisationskommission verdrängt worden. Die Organisationskritik übergehend, muß ich mich gegen den erwähnten Artikel im „Mitteilungsblatt“ wenden. Da wird gesprochen von „Rednern, die sich jede Parteiarbeit vom Halse halten“. Ich kenne Genossen in Amt und Würden, die sich vor jeder Parteiarbeit drücken. (Zuruf: Namen nennen!) Ich werde Namen nennen, wenn sich der Verfasser des Artikels nennt. Diese Bemerkung des Artikels ist eine Verleumdung der tätigen Parteigenossen. Man hat den Massen gesagt, wir müssen stärker werden, dann werden wir etwas erreichen. Wir sind hart geworden und haben nichts erreicht, weil die Aktionen der Masse gestört werden. (Beifall.)

Eugen Ernst erklärt zu einer Bemerkung des Vorredners, daß ja in dem Bericht der Reorganisationskommission im „Mitteilungsblatt“ ausdrücklich gesagt wird, die Demokratisierung der Parteioorganisation soll in der nächsten Sitzung der Kommission erörtert werden.

Gagen: In der Arbeiterchaft ist Stimmung für eine Protestbewegung gegen das Urteil in der Denkmalsangelegenheit. Ich beantrage deshalb folgende

Resolution:

Die Generalversammlung kennzeichnet das in Sachen der Denkmalsbespinzelung ergangene Urteil als Ausdruck der Massenjustiz. Sie spricht den Experten derselben ihr warmes Mitgefühl aus. Diese immer schärfer ansteigende Massenjustiz ist bereits nur ein Teil der allgemeinen Reaktion, die heute in Deutschland wütet und die weitgehende Unterdrückung durch das liberale Bürgertum findet. Die Versammlung fordert die Berliner Arbeiter auf, die Demonstrationen abzuhalten, die in dieser Sache von der Parteileitung beantragt worden, zu einer wichtigen Protest gegen Reaktion und Massenjustiz zu gestalten.

Theodor Fischer: Düwel hat den Parteivorstand kritisiert. Er selbst war Mitglied des Parteivorstandes, aber von Anregungen der Genossen Düwel haben wir nichts bemerkt. Daß für die auf die Haltung des „Vorwärts“ bezügliche Äußerung Stadhagens kein Beweis erbracht ist, trifft zu, es ist also richtig, was hierüber im Bericht der Reorganisationskommission steht. Der hier kritisierte Artikel im „Mitteilungsblatt“ ist im Interesse der Arbeiter geschrieben, nicht im Interesse derjenigen, die sich darüber aufregen. Wir haben keinen Anlaß, von dem Inhalt des Artikels etwas zurückzunehmen. Wenn man ihn im Zusammenhang liest, dann kommt man zu einer anderen Auffassung als Stadhagen. Wir haben die Pflicht, uns dagegen zu wenden, wenn alles, was seit Jahren mit Mühe aufgebracht worden ist, durch eine heuchlerische Kritik zerstört wird. — Der Rückgang der Mitgliederzahl kann nicht auf die Organisationsform zurückgeführt werden, sondern die wirtschaftlichen Verhältnisse sind dafür maßgebend. Auch bei den Gewerkschaften ist ja ein Rückgang eingetreten. Auf die schönen Ausführungen der Genossin Luxemburg will ich nicht eingehen. (Gelächter und Anrufe.) Wenn wir unter den Arbeitern der großen Betriebe, etwa bei Siemens am Nonnenbamm, eine Urabstimmung vornehmen würden, dann würde sich wohl über den Wahlrechtskampf und Massenaaktionen eine andere Stimmung zeigen, als die Genossin Luxemburg bei den Massen voraussetzt.

Dr. Rosenfeld: Wir haben hier schon manche Verteidigungsrede des Vorstandes gehört, aber keine, die auf so tiefem Niveau stand wie die, welche Genosse Fischer sprechen gehalten hat. (Beifall.) Die Berliner Parteigenossen haben ein Recht, zu erfahren, wer der anonyme Verfasser des beleidigenden Artikels im „Mitteilungsblatt“ ist. Solche Schreibweise unterbindet die Kritik. Fischer sagt, er habe von dem Artikel nichts zurückzunehmen. Das ist bezeichnend für den Genossen Fischer. Wir hätten ihm mildere Umstände zugebilligt (großes Gelächter), aber nach seiner Rede verdient er keine milderen Umstände. Mit solcher Kritik fördert man die Partei nicht. Man sagt, es ist eine Sekte, eine Clique, die Kritik übt. Ich will das selbe Wort nicht anwenden auf die Genossen Ernst und Fischer, ich überlasse Ihnen das Urteil. — Wenn gesagt wurde, Düwel habe im Aktionsausfluß keine Anregungen gegeben, so beweist das gar nichts. Ich selbst bin Mitglied des Aktionsausflusses und kann deshalb sagen, es kann einem die Lust vergehen, im Aktionsausfluß Vorschläge zu machen. (Große Anrufe, Bewegung und Widerspruch.) Der Redner kritisiert, daß in der Wahlrechtsfrage, sowie gegen die Beurteilung der Genossin Luxemburg nicht genug getan ist. Das jegliche Urteil in der Denkmalsangelegenheit muß zu einer Protestbewegung ausgenutzt werden. — In den Massen ist Stimmung für Straßen demonstrationen im Wahlrechtskampf vorhanden. Genosse Fischer sagt, eine Abstimmung bei Siemens am Nonnenbamm würde das Gegenteil ergeben. Das mag sein, aber das würde ja eine Abstimmung der Gelben sein, die doch für unsere Bewegung nicht maßgebend ist. Wenn wir den Massen zeigen, daß wir treuen, dann gehen sie mit. (Lebhafter Beifall.)

Düwel: Der Verfasser des angegriffenen Artikels im „Mitteilungsblatt“ bin ich. (Ab- und Beirufe.) Ich betone: Ich nehme keine Selbste von dem zurück, was ich geschrieben habe. (Lebhafter Beifall.) Der Artikel ist geschrieben im Interesse unserer Organisation. Ich stehe mit beiden Füßen auf dem demokratischen Boden und bin für die Bewegung „von unten auf“. Aber die Masse, auch die, die hinter uns steht, ist kein einheitliches Gebilde. Wer zum erstenmal in den Jahlabend kommt und hört da, daß die Organisationsleitung als hemmend bezeichnet wird, so muß das bei allen, die nicht ganz fest zu uns stehen, Parteiverdrossenheit erzeugen. — Ich brauche wohl nicht betonen, daß ich zu der Strömung gehöre, welche sagt: „Immer hübsch ruhig“. Ich bin nicht blind gegen die Schäden unserer Berliner Parteioorganisation, aber ich halte es für meine Pflicht, zu verhindern, daß die Parteiverdrossenheit eintritt, die das größte Hindernis unserer Bewegung ist. Parteiverdrossenheit wird erzeugt durch solche Ausfährungen, wie sie Düwel gemacht hat. Ich bin für Organisationskritik, aber sie darf nicht dezent sein, daß sie unsere Bewegung rückwärts statt vorwärts treibt. — Ich komme auf den Wahlrechtskampf. Für ihn brauchen wir nicht nur die Massen, welche in die Versammlungen der Genossin Luxemburg strömen, sondern viel größere Massen. Diese müssen wir als Sturmfronten formieren. Das können wir nicht auf die Hunderttausende zählen, die wir für einen Massenstreik brauchen. Um sie zu gewinnen, müssen wir denen, die zu gehören, soliel geistiges Nützliches mitgeben, daß sie auf die Außenstehenden in unserem Sinne einwirken können. — Die Kritiker meines Artikels haben einige Worte aus dem Zusammenhang herausgerissen. Ja, ist es denn noch nicht dagewesen, daß jemand die Organisation für seine Interessen ausgenutzt hat? Daß Genosse Stadhagen den Artikel auf sich bezieht, hat mich in Erstaunen versetzt. Wegen solchen Verdacht sollte sich doch Stadhagen durch seine ganze Parteitätigkeit geschult wissen.

Wena: Nur wenn man auf die Kritik der Genossin Luxemburg eingehen kann man die gegenwärtige Situation verstehen. Es ist kein Zweifel, daß eine gewisse Mäßigkeit bei den Massen eingetreten ist, aber die Masse ist ja im Wahlrechtskampf zurückgepfiffen worden. Auch bei anderen Gelegenheiten hat der Zentralvorstand Aktionen unterlassen. Wir müssen Kundgebungen veranstalten, wenn im Parlament wichtige Fragen behandelt werden. Eine so wichtige Sache wie die Denkmalsanpfehlung kann man bedauern, aber unterstützen brauchen wir uns darüber nicht. Gegen das Denkmalurteil müßte eine Protestbewegung veranstaltet werden. Ueberhaupt muß der Vorstand bei allen wichtigen Vorläufigen Aktionen mit Werk setzen. (Beifall.)

Richard Fischer: Wenn die Debatte über die Organisationsform in Berlin so weiter geht, wie sie angefangen hat, dann könnte bei dem Streit um die Form der Partei, der die Organisation erfüllen muß, verloren gehen. Keiner vor uns ist dagegen, daß „von unten auf“ gearbeitet werden muß. Wenn nur jemand sagen könnte, wie es geschehen soll, wie wir unsere Zahlreiche geistig lebendiger gestalten könnten. In der Denkmalsangelegenheit bin ich der Meinung, daß wir sie nicht gerade brandmarken brauchen, aber ich verurteile sie, weil das Verhalten der Leute zu dummt ist. So dumm, daß es nicht mal ein Spiegel gemacht haben könnte. Das Urteil in der Denkmalsangelegenheit halte ich für ein entscheidendes. Der Gedanke eines Massenurteils kommt darin in kraffer Weise zum Ausdruck. Es ist viel härter als das Frankfurter Urteil. Dennoch glaube ich nicht, daß dieser Fall dazu angetan ist, eine allgemeine Protestversammlung zu entfalten. Einzelne Versammlungen, ja wohl. Aber daß wir uns mit den Angelegten solidarisieren, dazu ist ihr Verhalten nicht angetan. — Als ich den hier angegriffenen Artikel im „Mittelungsblatt“ las, habe ich mir nicht denken können, daß er sich auf den oder den Genossen beziehen sollte, und wenn mir jemand gesagt hätte, das beziehe sich auf Stadthagen, den würde ich für verrückt erklärt haben. (Heiterkeit.) — Was Rosa Luxemburg hier gesagt hat, das bezog sich im Grunde genommen nicht auf die Organisationsform, sondern auf die Führung des preussischen Wahlrechtskampfes. Es ist sehr bequem, zu sagen, auf der einen Seite steht der Vorstand, der seinen ersten Kampf will, und auf der anderen Seite steht Rosa Luxemburg und ihre Freunde, die den ersten Kampf wollen. Aber so ist es nicht. Was vom Rückgang der „Vorwärts“-Leser und der Parteimitglieder gesagt wird, das ist alles leeres Gerede. (Widerpruch.) Es ist ein dummes Gerede, wenn man die Form der Organisation für den Rückgang verantwortlich macht. Nicht weil die Massen entmutigt werden und verzweifeln, ist der Rückgang eingetreten, sondern er ist bedingt durch die wirtschaftliche Krise. Rosa Luxemburg hat uns kein Mittel angegeben, durch das die Organisation gestärkt werden könnte. Sie hat nur gesagt, man muß die ganze Organisation darauf einrichten, daß sie kampffähig ist. Was soll man sich dabei denken? Ich kann mir nichts dabei denken? In der Resolution Luxemburg heißt es, daß nur der Massenstreik den Erfolg im Wahlrechtskampf bringen kann. Möglich, daß es so sein kann, aber niemand kann behaupten, daß es so ist. Auch ich bedaure, daß wir im Wahlrechtskampf in einer Sackgasse stehen. Ich bin begierig, zu hören, was vorgeschlagen wird, um den Kampf zu fördern, außer der Redensart, wir müssen auf den Massenstreik hinwirken. (Lärm: Vorbereiten!) Ja, wie bereitet man ihn vor? Rosa Luxemburg, die den Massenstreik vorbereiten will, ist doch der Meinung, er kann nicht vorbereitet werden, sondern er muß aus den Verhältnissen, aus der Situation heraus kommen. Die Taktik, welche Rosa Luxemburg empfiehlt, ist die Massenstreik, als Folge desselben Zusammenhangs mit der bewaffneten Macht, dadurch Stärkung der revolutionären Gesinnung, bis wir soweit sind, daß das kommt, was man Revolution nennt. Ich glaube nicht an den Erfolg dieser Taktik, bei der wir die Existenz der Partei aufs Spiel setzen würden. Das preussische Wahlrecht ist nicht soviel wert, um die ganze Partei aufs Spiel zu setzen. (Starker Widerspruch.) Die Sozialdemokratie will mehr. Sie will das Wahlrecht, um ihren Kampf gegen den Kapitalismus wirksamer führen zu können. Das wissen unsere Gegner und die Regierung auch. Deshalb bin ich der Meinung: Wir steigen das freie preussische Wahlrecht erst an dem Tage, wo die Sozialdemokratie die Macht hat, die preussische Regierung zu stürzen und die Herrschaft des Kapitalismus. (Widerpruch.) Ich würde es für ein Unglück für die Arbeiterbewegung halten, wenn sie auf den Boden gedrängt wird, auf dem Rosa Luxemburg den Wahlrechtskampf führen will. Ich glaube, hierin steht die Weisheit der Partei auf meiner Seite. (Widerpruch.) Wenn dies nicht der Fall ist, warum ist denn in den Gewerkschaften keine Stimmung für den Massenstreik? Wie sollen wir denn einen Massenstreik führen bei dem Geist, der in diesem Punkt in den Gewerkschaften herrscht? Es wurde gesagt, die Masse sei im Wahlrechtskampf zurückgepfiffen. Würde denn die Masse dem Pfiff folgen gelassen haben, wenn sie so kampfbegierig ist? Was ist der Niederschlag dieser Diskussion? Eine Resolution von Rosa Luxemburg, der Genossin, die nicht genug loben kann über Resolutionen. Ich sehe schon den preussischen Minister zittern, wenn er die Resolution Luxemburg liest.

Emil Barth-Kaulfuss: Ich erachte es für ein nicht zu rechtfertigendes Unternehmen, wenn ein Genosse von der Bedeutung Hofers in der Weise gegen die Genossin Luxemburg polemisiert. Dagegen wende ich mich auch, daß lediglich um des preussischen Wahlrechts willen der Massenstreik inszeniert wird. Mit ein, zwei Wochen Dauer ist bei solchem Kampf wenig getan. Immer und überall müssen wir die Frage propagieren. Wenn man sieht, wie das Koalitionsrecht mit Nutzen getreten wird, dann, sage ich mir, wollen wir zunächst in dieser Frage den Massenstreik anwenden. Mit einem Massenstreik ist natürlich wenig zu erreichen. Ihn müssen wir weiter verfolgen. Dann dürfen wir aber auch die Waffe nicht beim ersten Dief zerhacken, sondern die Möglichkeit zu weiterer Anwendung offen halten. Wenden wir den Massenstreik im Kampf ums Koalitionsrecht zunächst an, dann werden auch die Gewerkschaften im höchsten Maße daran interessiert sein und auch die Arbeiter werden davon getroffen. Es scheint mir aber auch, als würde die Anwendung des Massenstreiks zur Erreichung des Wahlrechts nicht nötig, wenn wir die geschichtliche Entwicklung des Reiches in Betracht ziehen. Den Partikularismus vor allem müssen wir beseitigen.

Lebehour: Ich bin für die Resolution Luxemburg und kann die Einwände des Genossen Richard Fischer nicht billigen. Daß wir zum Massenstreik kommen müssen, ist ein Gebot der historischen Notwendigkeit in Deutschland. Unsere Partei hat große Dimensionen angenommen und nimmt immer größere Dimensionen an. Deshalb müssen wir zur Lösung großer Fragen zum Massenstreik kommen. Es ist das letzte Kampfmittel der Massen, wie die Kanonen die letzten „Vernunftsgründe“ der Könige sind. Wir werden zum Massenstreik kommen, um so mehr, weil uns die parlamentarischen Kampfmittel beschränkt sind. Der Massenstreik muß also vorbereitet werden. Es kommt nicht darauf an, daß wir zuvor auch die Landarbeiter organisiert haben. Auf die Industriearbeiter kommt es an. Auf ihnen beruht unsere Kraft. Das hat die Entwicklung in anderen Ländern gezeigt; ebenso, daß mit dem Massenstreik Erfolge errungen sind. Wenn wir in Preußen den Massenstreik vorbereiten, so heißt das nicht, daß er von einer Instanz kommandiert werden soll, sondern es ist so gemeint, die Massen müssen in die Stimmung versetzt werden, daß sie sich mit dem Kampfmittel des Massenstreiks vertraut machen, damit sie bereit sind, wenn sich die Gelegenheit bietet, die Massen zum Streik fortzureißen. Vielleicht wird das der Fall sein zur Erreichung des preussischen Wahlrechts, vielleicht auch zunächst im Kampf um das Koalitionsrecht. Das läßt sich nicht voraussagen. Worauf es ankommt, ist die Massen vorzubereiten. — Zu dem Artikel im „Mittelungsblatt“ muß ich sagen: Das ist ein Mißbrauch der Amtsgewalt, wenn in dem Blatte der Organisation von den dafür verantwortlichen Personen in solcher Weise Parteigenossen verdächtigt werden. Es ist ein demagogischer Kniff des Genossen Däumig, wenn er hier einen Gegensatz zwischen Akademikern und Arbeitern gemacht hat. Wir müssen verlangen, daß in der Partei, auch im „Mittelungsblatt“ nur sachliche Kritik geübt wird. Mit solchen Verdächtigungen, wie in dem angegriffenen Artikel, darf unser Parteileben nicht vergiftet werden. (Beifall.)

Julian Borchardt: Als hier Genosse Däumig auftrat und sich zu dem Artikel bekannte, war ich erfreut über seine offene Art. Er verzog aber das Wichtigste, nämlich zu sagen, auf wen sich die Anschuldigungen beziehen. Die Vermutung lag nahe, daß Stadthagen gemeint ist. Mir ist zu Ehren gekommen und auch hier gesagt worden, daß ein Redakteur im „Vorwärts“ angestellt werden soll, der eben erst in die Partei eingetreten ist. Es wäre in der Tat nötig, darüber Aufklärung zu schaffen. Die Worte Däumigs bedeuten, daß auch in den Jahrbüchern nichts kritisiert werden darf. Das ist die gefährlichste Taktik. Ausprechen, was ich halte ich für das Beste, denn „Erlisch währt am längsten“. Jede andere Haltung erzeugt Parteiverdrossenheit. Der Vorwurf, in bezug auf die Fortführung des Wahlrechtskampfes und der Reorganisation seien keine Vorschläge gemacht worden, ist unberechtigt. Welche Mittel angewendet werden sollen, hängt aber ab von dem Willen der Mehrheit und wenn die Mehrheit mit der Leitung nicht zufrieden ist, dann muß eben eine andere gewählt werden.

Baumeister: Gegen die Resolution Luxemburg wende ich mich. Sie will die Erziehung der Massen zum Massenstreik. Man hat auf Belgien hingewiesen. Dort handelt es sich um ein einheitliches Wirtschaftsgebiet, in dem auch die drei Stützen der Organisationen gleichmäßig ausgebildet sind. Wo ist aber der Erfolg dort geblieben? Der Streik mußte abgebrochen werden und hatte nicht den gewünschten Erfolg. Auch der Sparfonds hat sich dort nicht bewährt. Sehen Sie sich die Generalstreiks in anderen Ländern an. Auch in Neuseeland ist innerhalb weniger Tage die Bewegung niedergeschlagen worden. Die Gewerkschaften haben große Fonds, aber wenn man erst an wirtschaftlichen Kämpfen teilgenommen hat, wird man sehr viel vorsichtiger geworden sein. Die systematische, aufbauende Arbeit, die wir seit Jahren geleistet haben, ist gestört worden durch das Phantom, von dem wir uns haben irreführen lassen. Selbst der Demonstrationstreik von einem Tage wird geeignet sein, unsere Ohnmacht darzutun. Wenn wir nicht wie anderswo in den Fehler verfallen wollen, große Worte zu gebrauchen, dann müssen wir die Resolution Luxemburg ablehnen.

Adolf Hoffmann: Ich will auf die Streitereien, die hier ausgebrochen wurden und werden mußten, nicht eingehen. Der Erfolg der „Roten Woche“ hat bewiesen, daß durch geschickte Agitation auch in der Zeit der Krise Fortschritte möglich sind. Die Mitarbeit im Interesse der Partei soll in allem wachgehalten werden. Während des Sozialistengesetzes galt es als Ehre, Flugblätter zu verbreiten oder andere Parteiarbeiten zu verrichten. Nach der Rede Richard Fishers muß die Resolution Luxemburg angenommen werden, wenn die Berliner Arbeiterbewegung keine Schlappe erleiden soll, von der wir uns schwer erholen werden. Ob der Kampf um das Koalitionsrecht in erster Linie steht, ist fraglich, denn wir haben doch gesehen, daß sich der Polizeipräsident und der Minister leichtem Herzens über die geltenden Bestimmungen hinwegsetzen haben. Haben wir erst dem Reich ein Protestat durch die Anwendung des Massenstreiks gezeigt, über welche Kraft er verfügt, dann wird er noch ganz andere Dinge zu erreichen vermögen. Sehen wir uns das Beispiel aus den Weihnachtswochen an. Haben nicht innerhalb kürzester Zeit die Berliner Arbeiter eine gewaltige Summe für die Arbeitslosen aufgebracht? Das geschah inmitten tiefster wirtschaftlicher Not. Sollte es nun nicht möglich sein, einen gewaltigen Massenstreikfonds anzuhäufeln? Die Verbandsgeneralversammlung sollte beim Verlassen des Saales den Grundstock dazu legen. Es empfiehlt sich auch, Sparbücher bei der Konsumgenossenschaft anzulegen, wo die Rückvergütungen aufgespart werden. Ich lege folgenden Antrag vor, dessen Annahme allein schon einen gewaltigen Erfolg darstellen wird.

Emil Barth-Kaulfuss: Ich erachte es für ein nicht zu rechtfertigendes Unternehmen, wenn ein Genosse von der Bedeutung Hofers in der Weise gegen die Genossin Luxemburg polemisiert. Dagegen wende ich mich auch, daß lediglich um des preussischen Wahlrechts willen der Massenstreik inszeniert wird. Mit ein, zwei Wochen Dauer ist bei solchem Kampf wenig getan. Immer und überall müssen wir die Frage propagieren. Wenn man sieht, wie das Koalitionsrecht mit Nutzen getreten wird, dann, sage ich mir, wollen wir zunächst in dieser Frage den Massenstreik anwenden. Mit einem Massenstreik ist natürlich wenig zu erreichen. Ihn müssen wir weiter verfolgen. Dann dürfen wir aber auch die Waffe nicht beim ersten Dief zerhacken, sondern die Möglichkeit zu weiterer Anwendung offen halten. Wenden wir den Massenstreik im Kampf ums Koalitionsrecht zunächst an, dann werden auch die Gewerkschaften im höchsten Maße daran interessiert sein und auch die Arbeiter werden davon getroffen. Es scheint mir aber auch, als würde die Anwendung des Massenstreiks zur Erreichung des Wahlrechts nicht nötig, wenn wir die geschichtliche Entwicklung des Reiches in Betracht ziehen. Den Partikularismus vor allem müssen wir beseitigen.

Lebehour: Ich bin für die Resolution Luxemburg und kann die Einwände des Genossen Richard Fischer nicht billigen. Daß wir zum Massenstreik kommen müssen, ist ein Gebot der historischen Notwendigkeit in Deutschland. Unsere Partei hat große Dimensionen angenommen und nimmt immer größere Dimensionen an. Deshalb müssen wir zur Lösung großer Fragen zum Massenstreik kommen. Es ist das letzte Kampfmittel der Massen, wie die Kanonen die letzten „Vernunftsgründe“ der Könige sind. Wir werden zum Massenstreik kommen, um so mehr, weil uns die parlamentarischen Kampfmittel beschränkt sind. Der Massenstreik muß also vorbereitet werden. Es kommt nicht darauf an, daß wir zuvor auch die Landarbeiter organisiert haben. Auf die Industriearbeiter kommt es an. Auf ihnen beruht unsere Kraft. Das hat die Entwicklung in anderen Ländern gezeigt; ebenso, daß mit dem Massenstreik Erfolge errungen sind. Wenn wir in Preußen den Massenstreik vorbereiten, so heißt das nicht, daß er von einer Instanz kommandiert werden soll, sondern es ist so gemeint, die Massen müssen in die Stimmung versetzt werden, daß sie sich mit dem Kampfmittel des Massenstreiks vertraut machen, damit sie bereit sind, wenn sich die Gelegenheit bietet, die Massen zum Streik fortzureißen. Vielleicht wird das der Fall sein zur Erreichung des preussischen Wahlrechts, vielleicht auch zunächst im Kampf um das Koalitionsrecht. Das läßt sich nicht voraussagen. Worauf es ankommt, ist die Massen vorzubereiten. — Zu dem Artikel im „Mittelungsblatt“ muß ich sagen: Das ist ein Mißbrauch der Amtsgewalt, wenn in dem Blatte der Organisation von den dafür verantwortlichen Personen in solcher Weise Parteigenossen verdächtigt werden. Es ist ein demagogischer Kniff des Genossen Däumig, wenn er hier einen Gegensatz zwischen Akademikern und Arbeitern gemacht hat. Wir müssen verlangen, daß in der Partei, auch im „Mittelungsblatt“ nur sachliche Kritik geübt wird. Mit solchen Verdächtigungen, wie in dem angegriffenen Artikel, darf unser Parteileben nicht vergiftet werden. (Beifall.)

Wendigkeit in Deutschland. Unsere Partei hat große Dimensionen angenommen und nimmt immer größere Dimensionen an. Deshalb müssen wir zur Lösung großer Fragen zum Massenstreik kommen. Es ist das letzte Kampfmittel der Massen, wie die Kanonen die letzten „Vernunftsgründe“ der Könige sind. Wir werden zum Massenstreik kommen, um so mehr, weil uns die parlamentarischen Kampfmittel beschränkt sind. Der Massenstreik muß also vorbereitet werden. Es kommt nicht darauf an, daß wir zuvor auch die Landarbeiter organisiert haben. Auf die Industriearbeiter kommt es an. Auf ihnen beruht unsere Kraft. Das hat die Entwicklung in anderen Ländern gezeigt; ebenso, daß mit dem Massenstreik Erfolge errungen sind. Wenn wir in Preußen den Massenstreik vorbereiten, so heißt das nicht, daß er von einer Instanz kommandiert werden soll, sondern es ist so gemeint, die Massen müssen in die Stimmung versetzt werden, daß sie sich mit dem Kampfmittel des Massenstreiks vertraut machen, damit sie bereit sind, wenn sich die Gelegenheit bietet, die Massen zum Streik fortzureißen. Vielleicht wird das der Fall sein zur Erreichung des preussischen Wahlrechts, vielleicht auch zunächst im Kampf um das Koalitionsrecht. Das läßt sich nicht voraussagen. Worauf es ankommt, ist die Massen vorzubereiten. — Zu dem Artikel im „Mittelungsblatt“ muß ich sagen: Das ist ein Mißbrauch der Amtsgewalt, wenn in dem Blatte der Organisation von den dafür verantwortlichen Personen in solcher Weise Parteigenossen verdächtigt werden. Es ist ein demagogischer Kniff des Genossen Däumig, wenn er hier einen Gegensatz zwischen Akademikern und Arbeitern gemacht hat. Wir müssen verlangen, daß in der Partei, auch im „Mittelungsblatt“ nur sachliche Kritik geübt wird. Mit solchen Verdächtigungen, wie in dem angegriffenen Artikel, darf unser Parteileben nicht vergiftet werden. (Beifall.)

Julian Borchardt: Als hier Genosse Däumig auftrat und sich zu dem Artikel bekannte, war ich erfreut über seine offene Art. Er verzog aber das Wichtigste, nämlich zu sagen, auf wen sich die Anschuldigungen beziehen. Die Vermutung lag nahe, daß Stadthagen gemeint ist. Mir ist zu Ehren gekommen und auch hier gesagt worden, daß ein Redakteur im „Vorwärts“ angestellt werden soll, der eben erst in die Partei eingetreten ist. Es wäre in der Tat nötig, darüber Aufklärung zu schaffen. Die Worte Däumigs bedeuten, daß auch in den Jahrbüchern nichts kritisiert werden darf. Das ist die gefährlichste Taktik. Ausprechen, was ich halte ich für das Beste, denn „Erlisch währt am längsten“. Jede andere Haltung erzeugt Parteiverdrossenheit. Der Vorwurf, in bezug auf die Fortführung des Wahlrechtskampfes und der Reorganisation seien keine Vorschläge gemacht worden, ist unberechtigt. Welche Mittel angewendet werden sollen, hängt aber ab von dem Willen der Mehrheit und wenn die Mehrheit mit der Leitung nicht zufrieden ist, dann muß eben eine andere gewählt werden.

Baumeister: Gegen die Resolution Luxemburg wende ich mich. Sie will die Erziehung der Massen zum Massenstreik. Man hat auf Belgien hingewiesen. Dort handelt es sich um ein einheitliches Wirtschaftsgebiet, in dem auch die drei Stützen der Organisationen gleichmäßig ausgebildet sind. Wo ist aber der Erfolg dort geblieben? Der Streik mußte abgebrochen werden und hatte nicht den gewünschten Erfolg. Auch der Sparfonds hat sich dort nicht bewährt. Sehen Sie sich die Generalstreiks in anderen Ländern an. Auch in Neuseeland ist innerhalb weniger Tage die Bewegung niedergeschlagen worden. Die Gewerkschaften haben große Fonds, aber wenn man erst an wirtschaftlichen Kämpfen teilgenommen hat, wird man sehr viel vorsichtiger geworden sein. Die systematische, aufbauende Arbeit, die wir seit Jahren geleistet haben, ist gestört worden durch das Phantom, von dem wir uns haben irreführen lassen. Selbst der Demonstrationstreik von einem Tage wird geeignet sein, unsere Ohnmacht darzutun. Wenn wir nicht wie anderswo in den Fehler verfallen wollen, große Worte zu gebrauchen, dann müssen wir die Resolution Luxemburg ablehnen.

Adolf Hoffmann: Ich will auf die Streitereien, die hier ausgebrochen wurden und werden mußten, nicht eingehen. Der Erfolg der „Roten Woche“ hat bewiesen, daß durch geschickte Agitation auch in der Zeit der Krise Fortschritte möglich sind. Die Mitarbeit im Interesse der Partei soll in allem wachgehalten werden. Während des Sozialistengesetzes galt es als Ehre, Flugblätter zu verbreiten oder andere Parteiarbeiten zu verrichten. Nach der Rede Richard Fishers muß die Resolution Luxemburg angenommen werden, wenn die Berliner Arbeiterbewegung keine Schlappe erleiden soll, von der wir uns schwer erholen werden. Ob der Kampf um das Koalitionsrecht in erster Linie steht, ist fraglich, denn wir haben doch gesehen, daß sich der Polizeipräsident und der Minister leichtem Herzens über die geltenden Bestimmungen hinwegsetzen haben. Haben wir erst dem Reich ein Protestat durch die Anwendung des Massenstreiks gezeigt, über welche Kraft er verfügt, dann wird er noch ganz andere Dinge zu erreichen vermögen. Sehen wir uns das Beispiel aus den Weihnachtswochen an. Haben nicht innerhalb kürzester Zeit die Berliner Arbeiter eine gewaltige Summe für die Arbeitslosen aufgebracht? Das geschah inmitten tiefster wirtschaftlicher Not. Sollte es nun nicht möglich sein, einen gewaltigen Massenstreikfonds anzuhäufeln? Die Verbandsgeneralversammlung sollte beim Verlassen des Saales den Grundstock dazu legen. Es empfiehlt sich auch, Sparbücher bei der Konsumgenossenschaft anzulegen, wo die Rückvergütungen aufgespart werden. Ich lege folgenden Antrag vor, dessen Annahme allein schon einen gewaltigen Erfolg darstellen wird.

Emil Barth-Kaulfuss: Ich erachte es für ein nicht zu rechtfertigendes Unternehmen, wenn ein Genosse von der Bedeutung Hofers in der Weise gegen die Genossin Luxemburg polemisiert. Dagegen wende ich mich auch, daß lediglich um des preussischen Wahlrechts willen der Massenstreik inszeniert wird. Mit ein, zwei Wochen Dauer ist bei solchem Kampf wenig getan. Immer und überall müssen wir die Frage propagieren. Wenn man sieht, wie das Koalitionsrecht mit Nutzen getreten wird, dann, sage ich mir, wollen wir zunächst in dieser Frage den Massenstreik anwenden. Mit einem Massenstreik ist natürlich wenig zu erreichen. Ihn müssen wir weiter verfolgen. Dann dürfen wir aber auch die Waffe nicht beim ersten Dief zerhacken, sondern die Möglichkeit zu weiterer Anwendung offen halten. Wenden wir den Massenstreik im Kampf ums Koalitionsrecht zunächst an, dann werden auch die Gewerkschaften im höchsten Maße daran interessiert sein und auch die Arbeiter werden davon getroffen. Es scheint mir aber auch, als würde die Anwendung des Massenstreiks zur Erreichung des Wahlrechts nicht nötig, wenn wir die geschichtliche Entwicklung des Reiches in Betracht ziehen. Den Partikularismus vor allem müssen wir beseitigen.

Lebehour: Ich bin für die Resolution Luxemburg und kann die Einwände des Genossen Richard Fischer nicht billigen. Daß wir zum Massenstreik kommen müssen, ist ein Gebot der historischen Notwendigkeit in Deutschland. Unsere Partei hat große Dimensionen angenommen und nimmt immer größere Dimensionen an. Deshalb müssen wir zur Lösung großer Fragen zum Massenstreik kommen. Es ist das letzte Kampfmittel der Massen, wie die Kanonen die letzten „Vernunftsgründe“ der Könige sind. Wir werden zum Massenstreik kommen, um so mehr, weil uns die parlamentarischen Kampfmittel beschränkt sind. Der Massenstreik muß also vorbereitet werden. Es kommt nicht darauf an, daß wir zuvor auch die Landarbeiter organisiert haben. Auf die Industriearbeiter kommt es an. Auf ihnen beruht unsere Kraft. Das hat die Entwicklung in anderen Ländern gezeigt; ebenso, daß mit dem Massenstreik Erfolge errungen sind. Wenn wir in Preußen den Massenstreik vorbereiten, so heißt das nicht, daß er von einer Instanz kommandiert werden soll, sondern es ist so gemeint, die Massen müssen in die Stimmung versetzt werden, daß sie sich mit dem Kampfmittel des Massenstreiks vertraut machen, damit sie bereit sind, wenn sich die Gelegenheit bietet, die Massen zum Streik fortzureißen. Vielleicht wird das der Fall sein zur Erreichung des preussischen Wahlrechts, vielleicht auch zunächst im Kampf um das Koalitionsrecht. Das läßt sich nicht voraussagen. Worauf es ankommt, ist die Massen vorzubereiten. — Zu dem Artikel im „Mittelungsblatt“ muß ich sagen: Das ist ein Mißbrauch der Amtsgewalt, wenn in dem Blatte der Organisation von den dafür verantwortlichen Personen in solcher Weise Parteigenossen verdächtigt werden. Es ist ein demagogischer Kniff des Genossen Däumig, wenn er hier einen Gegensatz zwischen Akademikern und Arbeitern gemacht hat. Wir müssen verlangen, daß in der Partei, auch im „Mittelungsblatt“ nur sachliche Kritik geübt wird. Mit solchen Verdächtigungen, wie in dem angegriffenen Artikel, darf unser Parteileben nicht vergiftet werden. (Beifall.)

Julian Borchardt: Als hier Genosse Däumig auftrat und sich zu dem Artikel bekannte, war ich erfreut über seine offene Art. Er verzog aber das Wichtigste, nämlich zu sagen, auf wen sich die Anschuldigungen beziehen. Die Vermutung lag nahe, daß Stadthagen gemeint ist. Mir ist zu Ehren gekommen und auch hier gesagt worden, daß ein Redakteur im „Vorwärts“ angestellt werden soll, der eben erst in die Partei eingetreten ist. Es wäre in der Tat nötig, darüber Aufklärung zu schaffen. Die Worte Däumigs bedeuten, daß auch in den Jahrbüchern nichts kritisiert werden darf. Das ist die gefährlichste Taktik. Ausprechen, was ich halte ich für das Beste, denn „Erlisch währt am längsten“. Jede andere Haltung erzeugt Parteiverdrossenheit. Der Vorwurf, in bezug auf die Fortführung des Wahlrechtskampfes und der Reorganisation seien keine Vorschläge gemacht worden, ist unberechtigt. Welche Mittel angewendet werden sollen, hängt aber ab von dem Willen der Mehrheit und wenn die Mehrheit mit der Leitung nicht zufrieden ist, dann muß eben eine andere gewählt werden.

Baumeister: Gegen die Resolution Luxemburg wende ich mich. Sie will die Erziehung der Massen zum Massenstreik. Man hat auf Belgien hingewiesen. Dort handelt es sich um ein einheitliches Wirtschaftsgebiet, in dem auch die drei Stützen der Organisationen gleichmäßig ausgebildet sind. Wo ist aber der Erfolg dort geblieben? Der Streik mußte abgebrochen werden und hatte nicht den gewünschten Erfolg. Auch der Sparfonds hat sich dort nicht bewährt. Sehen Sie sich die Generalstreiks in anderen Ländern an. Auch in Neuseeland ist innerhalb weniger Tage die Bewegung niedergeschlagen worden. Die Gewerkschaften haben große Fonds, aber wenn man erst an wirtschaftlichen Kämpfen teilgenommen hat, wird man sehr viel vorsichtiger geworden sein. Die systematische, aufbauende Arbeit, die wir seit Jahren geleistet haben, ist gestört worden durch das Phantom, von dem wir uns haben irreführen lassen. Selbst der Demonstrationstreik von einem Tage wird geeignet sein, unsere Ohnmacht darzutun. Wenn wir nicht wie anderswo in den Fehler verfallen wollen, große Worte zu gebrauchen, dann müssen wir die Resolution Luxemburg ablehnen.

Adolf Hoffmann: Ich will auf die Streitereien, die hier ausgebrochen wurden und werden mußten, nicht eingehen. Der Erfolg der „Roten Woche“ hat bewiesen, daß durch geschickte Agitation auch in der Zeit der Krise Fortschritte möglich sind. Die Mitarbeit im Interesse der Partei soll in allem wachgehalten werden. Während des Sozialistengesetzes galt es als Ehre, Flugblätter zu verbreiten oder andere Parteiarbeiten zu verrichten. Nach der Rede Richard Fishers muß die Resolution Luxemburg angenommen werden, wenn die Berliner Arbeiterbewegung keine Schlappe erleiden soll, von der wir uns schwer erholen werden. Ob der Kampf um das Koalitionsrecht in erster Linie steht, ist fraglich, denn wir haben doch gesehen, daß sich der Polizeipräsident und der Minister leichtem Herzens über die geltenden Bestimmungen hinwegsetzen haben. Haben wir erst dem Reich ein Protestat durch die Anwendung des Massenstreiks gezeigt, über welche Kraft er verfügt, dann wird er noch ganz andere Dinge zu erreichen vermögen. Sehen wir uns das Beispiel aus den Weihnachtswochen an. Haben nicht innerhalb kürzester Zeit die Berliner Arbeiter eine gewaltige Summe für die Arbeitslosen aufgebracht? Das geschah inmitten tiefster wirtschaftlicher Not. Sollte es nun nicht möglich sein, einen gewaltigen Massenstreikfonds anzuhäufeln? Die Verbandsgeneralversammlung sollte beim Verlassen des Saales den Grundstock dazu legen. Es empfiehlt sich auch, Sparbücher bei der Konsumgenossenschaft anzulegen, wo die Rückvergütungen aufgespart werden. Ich lege folgenden Antrag vor, dessen Annahme allein schon einen gewaltigen Erfolg darstellen wird.

Emil Barth-Kaulfuss: Ich erachte es für ein nicht zu rechtfertigendes Unternehmen, wenn ein Genosse von der Bedeutung Hofers in der Weise gegen die Genossin Luxemburg polemisiert. Dagegen wende ich mich auch, daß lediglich um des preussischen Wahlrechts willen der Massenstreik inszeniert wird. Mit ein, zwei Wochen Dauer ist bei solchem Kampf wenig getan. Immer und überall müssen wir die Frage propagieren. Wenn man sieht, wie das Koalitionsrecht mit Nutzen getreten wird, dann, sage ich mir, wollen wir zunächst in dieser Frage den Massenstreik anwenden. Mit einem Massenstreik ist natürlich wenig zu erreichen. Ihn müssen wir weiter verfolgen. Dann dürfen wir aber auch die Waffe nicht beim ersten Dief zerhacken, sondern die Möglichkeit zu weiterer Anwendung offen halten. Wenden wir den Massenstreik im Kampf ums Koalitionsrecht zunächst an, dann werden auch die Gewerkschaften im höchsten Maße daran interessiert sein und auch die Arbeiter werden davon getroffen. Es scheint mir aber auch, als würde die Anwendung des Massenstreiks zur Erreichung des Wahlrechts nicht nötig, wenn wir die geschichtliche Entwicklung des Reiches in Betracht ziehen. Den Partikularismus vor allem müssen wir beseitigen.

Lebehour: Ich bin für die Resolution Luxemburg und kann die Einwände des Genossen Richard Fischer nicht billigen. Daß wir zum Massenstreik kommen müssen, ist ein Gebot der historischen Notwendigkeit in Deutschland. Unsere Partei hat große Dimensionen angenommen und nimmt immer größere Dimensionen an. Deshalb müssen wir zur Lösung großer Fragen zum Massenstreik kommen. Es ist das letzte Kampfmittel der Massen, wie die Kanonen die letzten „Vernunftsgründe“ der Könige sind. Wir werden zum Massenstreik kommen, um so mehr, weil uns die parlamentarischen Kampfmittel beschränkt sind. Der Massenstreik muß also vorbereitet werden. Es kommt nicht darauf an, daß wir zuvor auch die Landarbeiter organisiert haben. Auf die Industriearbeiter kommt es an. Auf ihnen beruht unsere Kraft. Das hat die Entwicklung in anderen Ländern gezeigt; ebenso, daß mit dem Massenstreik Erfolge errungen sind. Wenn wir in Preußen den Massenstreik vorbereiten, so heißt das nicht, daß er von einer Instanz kommandiert werden soll, sondern es ist so gemeint, die Massen müssen in die Stimmung versetzt werden, daß sie sich mit dem Kampfmittel des Massenstreiks vertraut machen, damit sie bereit sind, wenn sich die Gelegenheit bietet, die Massen zum Streik fortzureißen. Vielleicht wird das der Fall sein zur Erreichung des preussischen Wahlrechts, vielleicht auch zunächst im Kampf um das Koalitionsrecht. Das läßt sich nicht voraussagen. Worauf es ankommt, ist die Massen vorzubereiten. — Zu dem Artikel im „Mittelungsblatt“ muß ich sagen: Das ist ein Mißbrauch der Amtsgewalt, wenn in dem Blatte der Organisation von den dafür verantwortlichen Personen in solcher Weise Parteigenossen verdächtigt werden. Es ist ein demagogischer Kniff des Genossen Däumig, wenn er hier einen Gegensatz zwischen Akademikern und Arbeitern gemacht hat. Wir müssen verlangen, daß in der Partei, auch im „Mittelungsblatt“ nur sachliche Kritik geübt wird. Mit solchen Verdächtigungen, wie in dem angegriffenen Artikel, darf unser Parteileben nicht vergiftet werden. (Beifall.)

Wendigkeit in Deutschland. Unsere Partei hat große Dimensionen angenommen und nimmt immer größere Dimensionen an. Deshalb müssen wir zur Lösung großer Fragen zum Massenstreik kommen. Es ist das letzte Kampfmittel der Massen, wie die Kanonen die letzten „Vernunftsgründe“ der Könige sind. Wir werden zum Massenstreik kommen, um so mehr, weil uns die parlamentarischen Kampfmittel beschränkt sind. Der Massenstreik muß also vorbereitet werden. Es kommt nicht darauf an, daß wir zuvor auch die Landarbeiter organisiert haben. Auf die Industriearbeiter kommt es an. Auf ihnen beruht unsere Kraft. Das hat die Entwicklung in anderen Ländern gezeigt; ebenso, daß mit dem Massenstreik Erfolge errungen sind. Wenn wir in Preußen den Massenstreik vorbereiten, so heißt das nicht, daß er von einer Instanz kommandiert werden soll, sondern es ist so gemeint, die Massen müssen in die Stimmung versetzt werden, daß sie sich mit dem Kampfmittel des Massenstreiks vertraut machen, damit sie bereit sind, wenn sich die Gelegenheit bietet, die Massen zum Streik fortzureißen. Vielleicht wird das der Fall sein zur Erreichung des preussischen Wahlrechts, vielleicht auch zunächst im Kampf um das Koalitionsrecht. Das läßt sich nicht voraussagen. Worauf es ankommt, ist die Massen vorzubereiten. — Zu dem Artikel im „Mittelungsblatt“ muß ich sagen: Das ist ein Mißbrauch der Amtsgewalt, wenn in dem Blatte der Organisation von den dafür verantwortlichen Personen in solcher Weise Parteigenossen verdächtigt werden. Es ist ein demagogischer Kniff des Genossen Däumig, wenn er hier einen Gegensatz zwischen Akademikern und Arbeitern gemacht hat. Wir müssen verlangen, daß in der Partei, auch im „Mittelungsblatt“ nur sachliche Kritik geübt wird. Mit solchen Verdächtigungen, wie in dem angegriffenen Artikel, darf unser Parteileben nicht vergiftet werden. (Beifall.)

Julian Borchardt: Als hier Genosse Däumig auftrat und sich zu dem Artikel bekannte, war ich erfreut über seine offene Art. Er verzog aber das Wichtigste, nämlich zu sagen, auf wen sich die Anschuldigungen beziehen. Die Vermutung lag nahe, daß Stadthagen gemeint ist. Mir ist zu Ehren gekommen und auch hier gesagt worden, daß ein Redakteur im „Vorwärts“ angestellt werden soll, der eben erst in die Partei eingetreten ist. Es wäre in der Tat nötig, darüber Aufklärung zu schaffen. Die Worte Däumigs bedeuten, daß auch in den Jahrbüchern nichts kritisiert werden darf. Das ist die gefährlichste Taktik. Ausprechen, was ich halte ich für das Beste, denn „Erlisch währt am längsten“. Jede andere Haltung erzeugt Parteiverdrossenheit. Der Vorwurf, in bezug auf die Fortführung des Wahlrechtskampfes und der Reorganisation seien keine Vorschläge gemacht worden, ist unberechtigt. Welche Mittel angewendet werden sollen, hängt aber ab von dem Willen der Mehrheit und wenn die Mehrheit mit der Leitung nicht zufrieden ist, dann muß eben eine andere gewählt werden.

Baumeister: Gegen die Resolution Luxemburg wende ich mich. Sie will die Erziehung der Massen zum Massenstreik. Man hat auf Belgien hingewiesen. Dort handelt es sich um ein einheitliches Wirtschaftsgebiet, in dem auch die drei Stützen der Organisationen gleichmäßig ausgebildet sind. Wo ist aber der Erfolg dort geblieben? Der Streik mußte abgebrochen werden und hatte nicht den gewünschten Erfolg. Auch der Sparfonds hat sich dort nicht bewährt. Sehen Sie sich die Generalstreiks in anderen Ländern an. Auch in Neuseeland ist innerhalb weniger Tage die Bewegung niedergeschlagen worden. Die Gewerkschaften haben große Fonds, aber wenn man erst an wirtschaftlichen Kämpfen teilgenommen hat, wird man sehr viel vorsichtiger geworden sein. Die systematische, aufbauende Arbeit, die wir seit Jahren geleistet haben, ist gestört worden durch das Phantom, von dem wir uns haben irreführen lassen. Selbst der Demonstrationstreik von einem Tage wird geeignet sein, unsere Ohnmacht darzutun. Wenn wir nicht wie anderswo in den Fehler verfallen wollen, große Worte zu gebrauchen, dann müssen wir die Resolution Luxemburg ablehnen.

Adolf Hoffmann: Ich will auf die Streitereien, die hier ausgebrochen wurden und werden mußten, nicht eingehen. Der Erfolg der „Roten Woche“ hat bewiesen, daß durch geschickte Agitation auch in der Zeit der Krise Fortschritte möglich sind. Die Mitarbeit im Interesse der Partei soll in allem wachgehalten werden. Während des Sozialistengesetzes galt es als Ehre, Flugblätter zu verbreiten oder andere Parteiarbeiten zu verrichten. Nach der Rede Richard Fishers muß die Resolution Luxemburg angenommen werden, wenn die Berliner Arbeiterbewegung keine Schlappe erleiden soll, von der wir uns schwer erholen werden. Ob der Kampf um das Koalitionsrecht in erster Linie steht, ist fraglich, denn wir haben doch gesehen, daß sich der Polizeipräsident und der Minister leichtem Herzens über die geltenden Bestimmungen hinwegsetzen haben. Haben wir erst dem Reich ein Protestat durch die Anwendung des Massenstreiks gezeigt, über welche Kraft er verfügt, dann wird er noch ganz andere Dinge zu erreichen vermögen. Sehen wir uns das Beispiel aus den Weihnachtswochen an. Haben nicht innerhalb kürzester Zeit die Berliner Arbeiter eine gewaltige Summe für die Arbeitslosen aufgebracht? Das geschah inmitten tiefster wirtschaftlicher Not. Sollte es nun nicht möglich sein, einen gewaltigen Massenstreikfonds anzuhäufeln? Die Verbandsgeneralversammlung sollte beim Verlassen des Saales den Grundstock dazu legen. Es empfiehlt sich auch, Sparbücher bei der Konsumgenossenschaft anzulegen, wo die Rückvergütungen aufgespart werden. Ich lege folgenden Antrag vor, dessen Annahme allein schon einen gewaltigen Erfolg darstellen wird.

Emil Barth-Kaulfuss: Ich erachte es für ein nicht zu rechtfertigendes Unternehmen, wenn ein Genosse von der Bedeutung Hofers in der Weise gegen die Genossin Luxemburg polemisiert. Dagegen wende ich mich auch, daß lediglich um des preussischen Wahlrechts willen der Massenstreik inszeniert wird. Mit ein, zwei Wochen Dauer ist bei solchem Kampf wenig getan. Immer und überall müssen wir die Frage propagieren. Wenn man sieht, wie das Koalitionsrecht mit Nutzen getreten wird, dann, sage ich mir, wollen wir zunächst in dieser Frage den Massenstreik anwenden. Mit einem Massenstreik ist natürlich wenig zu erreichen. Ihn müssen wir weiter verfolgen. Dann dürfen wir aber auch die Waffe nicht beim ersten Dief zerhacken, sondern die Möglichkeit zu weiterer Anwendung offen halten. Wenden wir den Massenstreik im Kampf ums Koalitionsrecht zunächst an, dann werden auch die Gewerkschaften im höchsten Maße daran interessiert sein und auch die Arbeiter werden davon getroffen. Es scheint mir aber auch, als würde die Anwendung des Massenstreiks zur Erreichung des Wahlrechts nicht nötig, wenn wir die geschichtliche Entwicklung des Reiches in Betracht ziehen. Den Partikularismus vor allem müssen wir beseitigen.

Lebehour: Ich bin für die Resolution Luxemburg und kann die Einwände des Genossen Richard Fischer nicht billigen. Daß wir zum Massenstreik kommen müssen, ist ein Gebot der historischen Notwendigkeit in Deutschland. Unsere Partei hat große Dimensionen angenommen und nimmt immer größere Dimensionen an. Deshalb müssen wir zur Lösung großer Fragen zum Massenstreik kommen. Es ist das letzte Kampfmittel der Massen, wie die Kanonen die letzten „Vernunftsgründe“ der Könige sind. Wir werden zum Massenstreik kommen, um so mehr, weil uns die parlamentarischen Kampfmittel beschränkt sind. Der Massenstreik muß also vorbereitet werden. Es kommt nicht darauf an, daß wir zuvor auch die Landarbeiter organisiert haben. Auf die Industriearbeiter kommt es an. Auf ihnen beruht unsere Kraft. Das hat die Entwicklung in anderen Ländern gezeigt; ebenso, daß mit dem Massenstreik Erfolge errungen sind. Wenn wir in Preußen den Massenstreik vorbereiten, so heißt das nicht, daß er von einer Instanz kommandiert werden soll, sondern es ist so gemeint, die Massen müssen in die Stimmung versetzt werden, daß sie sich mit dem Kampfmittel des Massenstreiks vertraut machen, damit sie bereit sind, wenn sich die Gelegenheit bietet, die Massen zum Streik fortzureißen. Vielleicht wird das der Fall sein zur Erreichung des preussischen Wahlrechts, vielleicht auch zunächst im Kampf um das Koalitionsrecht. Das läßt sich nicht voraussagen. Worauf es ankommt, ist die Massen vorzubereiten. — Zu dem Artikel im „Mittelungsblatt“ muß ich sagen: Das ist ein Mißbrauch der Amtsgewalt, wenn in dem Blatte der Organisation von den dafür verantwortlichen Personen in solcher Weise Parteigenossen verdächtigt werden. Es ist ein demagogischer Kniff des Genossen Däumig, wenn er hier einen Gegensatz zwischen Akademikern und Arbeitern gemacht hat. Wir müssen verlangen, daß in der Partei, auch im „Mittelungsblatt“ nur sachliche Kritik geübt wird. Mit solchen Verdächtigungen, wie in dem angegriffenen Artikel, darf unser Parteileben nicht vergiftet werden. (Beifall.)

Julian Borchardt: Als hier Genosse Däumig auftrat und sich zu dem Artikel bekannte, war ich erfreut über seine offene Art. Er verzog aber das Wichtigste, nämlich zu sagen, auf wen sich die Anschuldigungen beziehen. Die Vermutung lag nahe, daß Stadthagen gemeint ist. Mir ist zu Ehren gekommen und auch hier gesagt worden, daß ein Redakteur im „Vorwärts“ angestellt werden soll, der eben erst in die Partei eingetreten ist. Es wäre in der Tat nötig, darüber Aufklärung zu schaffen. Die Worte Däumigs bedeuten, daß auch in den Jahrbüchern nichts kritisiert werden darf. Das ist die gefährlichste Taktik. Ausprechen, was ich halte ich für das Beste, denn „Erlisch währt am längsten“. Jede andere Haltung erzeugt Parteiverdrossenheit. Der Vorwurf, in bezug auf die Fortführung des Wahlrechtskampfes und der Reorganisation seien keine Vorschläge gemacht worden, ist unberechtigt. Welche Mittel angewendet werden sollen, hängt aber ab von dem Willen der Mehrheit und wenn die Mehrheit mit der Leitung nicht zufrieden ist, dann muß eben eine andere gewählt werden.

Baumeister: Gegen die Resolution Luxemburg wende ich mich. Sie will die Erziehung der Massen zum Massenstreik. Man hat auf Belgien hingewiesen. Dort handelt es sich um ein einheitliches Wirtschaftsgebiet, in dem auch die drei Stützen der Organisationen gleichmäßig ausgebildet sind. Wo ist aber der Erfolg dort geblieben? Der Streik mußte abgebrochen werden und hatte nicht den gewünschten Erfolg. Auch der Sparfonds hat sich dort nicht bewährt. Sehen Sie sich die Generalstreiks in anderen Ländern an. Auch in Neuseeland ist innerhalb weniger Tage die Bewegung niedergeschlagen worden. Die Gewerkschaften haben große Fonds, aber wenn man erst an wirtschaftlichen Kämpfen teilgenommen hat, wird man sehr viel vorsichtiger geworden sein. Die systematische, aufbauende Arbeit, die wir seit Jahren geleistet haben, ist gestört worden durch das Phantom, von dem wir uns haben irreführen lassen. Selbst der Demonstrationstreik von einem Tage wird geeignet sein, unsere Ohnmacht darzutun. Wenn wir nicht wie anderswo in den Fehler verfallen wollen, große Worte zu gebrauchen, dann müssen wir die Resolution Luxemburg ablehnen.

Adolf Hoffmann: Ich will auf die Streitereien, die hier ausgebrochen wurden und werden mußten, nicht eingehen. Der Erfolg der „Roten Woche“ hat bewiesen, daß durch geschickte Agitation auch in der Zeit der Krise Fortschritte möglich sind. Die Mitarbeit im Interesse der Partei soll in allem wachgehalten werden. Während des Sozialistengesetzes galt es als Ehre, Flugblätter zu verbreiten oder andere Parteiarbeiten zu verrichten. Nach der Rede Richard Fishers muß die Resolution Luxemburg angenommen werden, wenn die Berliner Arbeiterbewegung keine Schlappe erleiden soll, von der wir uns schwer erholen werden. Ob der Kampf um das Koalitionsrecht in erster Linie steht, ist fraglich, denn wir haben doch gesehen, daß sich der Polizeipräsident und der Minister leichtem Herzens über die geltenden Bestimmungen hinwegsetzen haben. Haben wir erst dem Reich ein Protestat durch die Anwendung des Massenstreiks gezeigt, über welche Kraft er verfügt, dann wird er noch ganz andere Dinge zu erreichen vermögen. Sehen wir uns das Beispiel aus den Weihnachtswochen an. Haben nicht innerhalb kürzester Zeit die Berliner Arbeiter eine gewaltige Summe für die Arbeitslosen aufgebracht? Das geschah inmitten tiefster wirtschaftlicher Not. Sollte es nun nicht möglich sein, einen gewaltigen Massenstreikfonds anzuhäufeln? Die Verbandsgeneralversammlung sollte beim Verlassen des Saales den Grundstock dazu legen. Es empfiehlt sich auch, Sparbücher bei der Konsumgenossenschaft anzulegen, wo die Rückvergütungen aufgespart werden. Ich lege folgenden Antrag vor, dessen Annahme allein schon einen gewaltigen Erfolg darstellen wird.

Emil Barth-Kaulfuss: Ich erachte es für ein nicht zu rechtfertigendes Unternehmen, wenn ein Genosse von der Bedeutung Hofers in der Weise gegen die Genossin Luxemburg polemisiert. Dagegen wende ich mich auch, daß lediglich um des preussischen Wahlrechts willen der Massenstreik inszeniert wird. Mit ein, zwei Wochen Dauer ist bei solchem Kampf wenig getan. Immer und überall müssen wir die Frage propagieren. Wenn man sieht, wie das Koalitionsrecht mit Nutzen getreten wird, dann, sage ich mir, wollen wir zunächst in dieser Frage den Massenstreik anwenden. Mit einem Massenstreik ist natürlich wenig zu erreichen. Ihn müssen wir weiter verfolgen. Dann dürfen wir aber auch die Waffe nicht beim ersten Dief zerhacken, sondern die Möglichkeit zu weiterer Anwendung offen halten. Wenden wir den Massenstreik im Kampf ums Koalitionsrecht zunächst an, dann werden auch die Gewerkschaften im höchsten Maße daran interessiert sein und auch die Arbeiter werden davon getroffen. Es scheint mir aber auch, als würde die Anwendung des Massenstreiks zur Erreichung des Wahlrechts nicht nötig, wenn wir die geschichtliche Entwicklung des Reiches in Betracht ziehen. Den Partikularismus vor allem müssen wir beseitigen.

Lebehour: Ich bin für die Resolution Luxemburg und kann die Einwände des Genossen Richard Fischer nicht billigen. Daß wir zum Massenstreik kommen müssen, ist ein Gebot der historischen Notwendigkeit in Deutschland. Unsere Partei hat große Dimensionen angenommen und nimmt immer größere Dimensionen an. Deshalb müssen wir zur Lösung großer Fragen zum Massenstreik kommen. Es ist das letzte Kampfmittel der Massen, wie die Kanonen die letzten „Vernunftsgründe“ der Könige sind. Wir werden zum Massenstreik kommen, um so mehr, weil uns die parlamentarischen Kampfmittel beschränkt sind. Der Massenstreik muß also vorbereitet werden. Es kommt nicht darauf an, daß wir zuvor auch die Landarbeiter organisiert haben. Auf die Industriearbeiter kommt es an. Auf ihnen beruht unsere Kraft. Das hat die Entwicklung in anderen Ländern gezeigt; ebenso, daß mit dem Massenstreik Erfolge errungen sind. Wenn wir in Preußen den Massenstreik vorbereiten, so heißt das nicht, daß er von einer Instanz kommandiert werden soll, sondern es ist so gemeint, die Massen müssen in die Stimmung versetzt werden, daß sie sich mit dem Kampfmittel des Massenstreiks vertraut machen, damit sie bereit sind, wenn sich die Gelegenheit bietet, die Massen zum Streik fortzureißen. Vielleicht wird das der Fall sein zur Erreichung des preussischen Wahlrechts, vielleicht auch zunächst im Kampf um das Koalitionsrecht. Das läßt sich nicht voraussagen. Worauf es ankommt, ist die Massen vorzubereiten. — Zu dem Artikel im „Mittelungsblatt“ muß ich sagen: Das ist ein Mißbrauch der Amtsgewalt, wenn in dem Blatte der Organisation von den dafür verantwortlichen Personen in solcher Weise Parteigenossen verdächtigt werden. Es ist ein demagogischer Kniff des Genossen Däumig, wenn er hier einen Gegensatz zwischen Akademikern und Arbeitern gemacht hat. Wir müssen verlangen, daß in der Partei, auch im „Mittelungsblatt“ nur sachliche Kritik geübt wird. Mit solchen Verdächtigungen, wie in dem angegriffenen Artikel, darf unser Parteileben nicht vergiftet werden. (Beifall.)

Die erfahrene Hausfrau spart an Fleisch und verbessert

die Suppen, Saucen und Gemüse beim Anrichten



mit MAGGI'S Würze!